

Volkstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindner, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfaffenbach & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1867, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Besten Abholens vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. ohne Zustellung. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die dreizehnte Nonpareilzeile 1.00 Mk., im Restamteil Seite 3.50 Mk., Restamteil Seite 3.00 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5238 Berlin.

Nr. 152.

Magdeburg, Freitag den 2. Juli 1920.

31. Jahrgang.

Ledebour will Fehrenbach stürzen!

In der Reichstags-Sitzung vom Mittwoch haben die Unabhängigen ein ausdrückliches Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung eingebracht. Mit diesem Antrag wollen sich die Unabhängigen

Agitationsmaterial gegen die Sozialdemokratie beschaffen. Sie wollen vergessen machen, daß die jetzige Regierung nur zustande kam, weil die Unabhängigen eine nach links orientierte Regierung, in welcher die Arbeiterklasse starken Einfluß besaßen hätte, nicht haben wollten. Hinter Theater-Opposition wollen sie ihre Feigheit und Vankrotterklärung verstecken.

Die Unabhängigen wissen genau, daß die Zustimmung der Sozialdemokraten zu einem Mißtrauensvotum gegen die jetzige Regierung deren sofortigen Sturz zur Folge hätte.

Kurz vor der Konferenz in Spa kann das ein vernünftiger Politiker nicht wünschen. Die erste Gelegenheit, eine Revision des Friedensvertrags wenigstens einzuleiten, ginge damit verloren.

Das wollen in Wirklichkeit auch die Unabhängigen nicht. Sie wissen, daß die Sozialdemokraten nicht für das Mißtrauensvotum stimmen werden.

Nur weil sie dessen sicher sind, haben sie ihren Antrag eingebracht, der nichts als eine leere Demonstration ist. Sie wollen lediglich ihre traurige Rolle vergessen machen, die sie bei der Regierungsbildung gespielt haben, und Mittel zu einer neuen Geze gegen die Sozialdemokraten gewinnen.

Wenn aber die Unabhängigen den Sturz Fehrenbachs ernsthaft wollen, dann wollen sie auch eine noch weiter nach der Rechten verbreiterte Koalition, dann wollen sie eine Regierung Helfferich-Ludendorff-Stresemann.

Wenn die Unabhängigen jetzt Fehrenbach stürzen wollen, dann wollen sie die Verhinderung der Konferenz in Spa, dann wollen sie keine Revision des Friedensvertrags, dann wollen sie eine Katastrophe heraufbeschwören, dann wollen sie die bewaffnete Auseinandersetzung, dann wollen sie den Bürgerkrieg, die zweite Marne-Schlacht, die mit einem furchtbaren Blutbad und einer Niederlage der Arbeiter enden würde.

Nur Narren oder Verbrecher können eine solche Politik treiben.

Die Sozialdemokraten werden zu Hanswurstauben oder Verbrechern sich nicht hergeben. Die sozialdemokratische Fraktion hat einmütig beschlossen, das unabhängige Mißtrauensvotum abzulehnen.

Die Ablehnung des Mißtrauensvotums bedeutet selbstverständlich kein Vertrauensvotum. Die sozialdemokratische Fraktion hat immer erklärt, daß sie ein Ministerium nicht stürzen wird, wenn sie nicht ein besseres an seine Stelle setzen kann. Das ist so lange unmöglich, als die Unabhängigen sich konsequent von jeder Verantwortung drücken.

Die Sozialdemokraten werden sich in der Verfolgung ihrer Politik nicht durch unabhängige Anträge hindern lassen, die lediglich dem Agitationsbedürfnis einer Partei entspringen, die nicht den Mut zur Verantwortung hat und

kniefällig vor der Sozialdemokratie liegt, wenn sie sich, wie in Braunschweig, von der Übernahme der Regierung nicht mehr drücken kann.

Die Abstimmung über den unabhängigen Antrag wird erst nach Schluß der Debatte über Spa und das Regierungsprogramm erfolgen. —

Eröffnung des Reichswirtschaftsrats

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist am 30. Juni in Berlin eröffnet worden. Zu seinen wichtigsten Aufgaben wird es gehören, ein Gutachten über die Gestaltung des endgültigen Wirtschaftsrats abzugeben, die in Artikel 165 der Reichsverfassung auf den Weg der Reichsgesetzgebung verwiesen wird. Der Artikel 165 der Verfassung ordnet die Einrichtung von Betriebsarbeiterräten sowie von nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und eines Reichsarbeiterrats an. Die Bezirksarbeiterräte

und der Reichsarbeiterrat, über die gesetzlich bisher noch nichts beschlossen ist, sollen zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze

mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammengefaßt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat sozialpolitische und wirtschaftspolitische Beieckentwürfe zu begutachten und kann solche Entwürfe selbst beim Reichstag einbringen.

Das, was jetzt in Berlin zusammengetreten ist, ist also noch nicht der Reichswirtschaftsrat, den die Verfassung vorschreibt und für dessen Bildung noch die ausführenden Reichsgesetze erlassen werden müssen, sondern nur eine vorläufige Einrichtung.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind paritätisch vertreten, die verschiedenen Wirtschaftsorganisationen haben auf Grund einer Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums ihre Vertreter delegiert, 24 von den 360 Mitgliedern sind von der Reichsregierung und dem Reichsrat ernannt worden.

Ein derartiger Kongress wirtschaftlicher Fachleute kann wertvolle Anregungen geben und zur Klärung drängender Probleme viel beitragen, aber eine Volksvertretung ist er nicht, der Wille des Volkes kommt in ihm nicht zum Ausdruck.

Das selbe wird auch vom verfassungsmäßigen Reichswirtschaftsrat gelten, der keine Volksvertretung sein wird und daher seine Tätigkeit auf die Erstattung von Gutachten und die Einbringung von Vorlagen beschränken muß. Die Sorge, aus ihm könnte der demokratischen Volksvertretung eine Gefahr erwachsen, ist daher kaum berechtigt. Viel eher darf man annehmen, daß gerade das sichere Mißlingen jedes Versuchs, aus einer Berufsvertretung eine Volksvertretung zu machen, die absolute

Unentbehrlichkeit der Demokratie aufs neue erweisen wird. Im Staate wird um die Macht gekämpft. Den Reichswirtschaftsrat so zu gestalten, daß die Machtverhältnisse im Staate klar zum Ausdruck kommen, ist unmöglich. Denn die Gliederung muß hier nach ganz anderen Gesichtspunkten erfolgen als nach den sozialen Machtverhältnissen. Hier handelt es sich darum, jede wirtschaftliche Interessenvertretung zu Worte kommen zu lassen, jedes Wirtschaftsproblem von allen möglichen Gesichtspunkten zu beleuchten, für jede Frage einen Sachverständigen oder mehrere zur Hand zu haben. Das bloße Zahlenprinzip kann hier nicht entscheidend sein.

Da der Reichswirtschaftsrat keine bindenden Beschlüsse zu fassen hat, so ist seine vorläufige Parität auch vorläufig noch zu ertragen. Wenn man, wie das die Unabhängigen tun, in dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat nichts als eine systematische Fortführung des von ihnen verpönten Gedankens der Arbeitsgemeinschaft sieht, so ist das irrig. Freilich, faßt man den Begriff der Arbeitsgemeinschaft im weitesten Sinne, dann ist auch der Reichstag, ist jede Landesvertretung oder Stadtverordneten-Versammlung gleichfalls eine Arbeitsgemeinschaft. Eine Arbeitsgemeinschaft im dem Sinne, daß eine Harmonie zwischen Kapital- und Arbeiterinteressen vorgetäuscht wird, die in Wirklichkeit nicht besteht, ist auch den Sozialdemokraten unerwünscht. Desto nachdrücklicher muß betont werden, daß ihr eine

Arbeitsgemeinschaft zwischen Hand- und Kopfarbeitern desto mehr erwünscht ist.

Nun darf keinen Augenblick übersehen werden, daß die Unternehmer zum größten Teil und sicher ihre Direktoren nicht bloß Ausbeuter und Instrumente der Ausbeutung, sondern zugleich auch Kopfarbeiter sind. In dieser Zwieschichtigkeit ihres Charakters liegt die Schwierigkeit des Problems. Die Arbeiterklasse bekämpft im Unternehmer den kapitalistischen Ausbeuter, nicht aber den Kopfarbeiter. Nun ist er beides zugleich in einer Person!

Wie findet sich die Arbeiterklasse mit diesem Problem ab? Nicht dadurch, daß sie sich dem Unternehmer als Ausbeuter unterwirft, sondern dadurch, daß sie ihm als Kopfarbeiter seine Geheimnisse ahaudt! Das ist der tiefe Sinn und zugleich die wirklich

revolutionäre Bedeutung der Betriebsräte, der Bezirksarbeiterräte, des Reichsarbeiterrats und schließlich auch des Reichswirtschaftsrats. Alle diese Einrichtungen sind Schulen, in denen die Arbeiter Kenntnisse erwerben können, die ihnen zum großen Teile noch fehlen, die sie aber für ihren Befreiungskampf notwendig brauchen. Sie sind Institutionen, die es der Arbeiterklasse ermöglichen, aus sich heraus die Kräfte zu entwickeln, die zur Leitung der Produktion notwendig sind, heute aber in den Massen noch unentwickelt schlummern.

Die Tätigkeit in diesen neuen Organisationen wird der ganzen Arbeiterklasse Gelegenheit geben, zu begreifen, daß die wirtschaftlichen Probleme nicht ganz so einfach liegen, wie das nach den

Schlagwörtern unabhängiger und kommunistischer Versammlungsreden

manchmal scheinen mag. Es ist kein ganz kurzer Weg, der vor ihr liegt, nur der Anfang ist beschränkt. Zwischen ihm und dem Ziele liegen noch viele Hindernisse. Es ist kein Kunststück, ein begeisterter Sozialist zu sein, wenn man glaubt, im Handumdrehen sei alles zu erreichen. Wer aber die Schwierigkeiten sieht und dennoch an seinen Ueberzeugungen nicht irre wird, an seinem Endziel festhält und in jeder, nicht jedem Zuschauer gleich verständlichen Arbeit die Hindernisse aus dem Wege zu räumen sucht, erst hier ist wirklich ein begeisterter Sozialist, wie ihn die Arbeiterklasse zu ihrem Siege braucht. —

Legien und Braun Präsidenten.

Am Mittwoch nachmittag 3 Uhr begann die erste Sitzung des Reichswirtschaftsrats im Herrenhaus. Nach den getroffenen Vereinbarungen wurden zwei Präsidenten mit gleichen Rechten bestellt, und zwar Legien für die Arbeitnehmer, und — nach Verzicht der Industrie — Abgeordneter v. Braun, der frühere Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt. Ferner wurden 7 Vizepräsidenten und 9 Schriftführer gewählt, so daß sämtliche Berufsgruppen im Präsidium vertreten sind. —

Parlamentssieg Giolittis.

Nach eingehender Debatte über die Regierungserklärung erhielt die neue italienische Regierung 316 Stimmen gegen 91. Sie hat also einen unbestreitbar großen parlamentarischen Sieg errungen. Damit sind freilich die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Schwierigkeiten nicht behoben. Wenn dazu eine Abstimmung des Parlaments genügt, wäre die Lösung der sozialen Probleme sehr leicht. Nun hat aber Giolitti nicht nur mit der Opposition der Sozialisten, sondern auch mit der heimlichen Feindschaft der Kriegsgewinnler und Kriegsheter zu rechnen, denen die Kriegsgewinne weggesteuert werden sollen und die außerdem ein Gerichtsverfahren bedroht. Auch die bisher sich sehr radikal gebärdende sozialistische Partei beginnt bedenklich zu werden. Sie hat nicht nur ihre parlamentarische Obstruktion aufgegeben, sie hat auch von der Proklamierung des Generalstreiks wegen der albanischen Expedition Abstand genommen. Die wiederholte Versicherung Giolittis, keine Truppen nach Albanien zu schicken und diesem die Unabhängigkeit zu sichern, hat ihnen freilich den Rückzug erleichtert. Die Parteileitung wie der Gewerkschaftsbund sollen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß bei den anarchischen Revolten in der Provinz reaktionäre Elemente ihre Hand im Spiele haben. Diese scheinen zu hoffen, daß eine allgemeine Anarchie die Herrschaft der Reaktion vorbereiten würde. —

Severing und die Sicherheitspolizei.

Genosse Severing, der preussische Minister des Innern, hat an den Reichsminister des Außern eine Eingabe gerichtet, in der er gegen die Auflösung der Sicherheitspolizei scharfen Protest erhebt.

Die Entente habe nach dem Friedensvertrag, Artikel 162, in Polizeifragen selbst zwei Forderungen gestellt: Die erste betreffe die Stärkeverhältnisse der Polizei. Die zweite das Verbot militärischer Übungen für die Polizeitruppen.

Die Stärke habe die Entente nunmehr selbständig auf 150 000 Beamte erhöht, da sie eingesehen habe, daß nun ein

starke Polizeiaufgebot die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten könne. Was die zweite Forderung anbelangt, habe die Polizei, ob Sicherheits- oder Ordnungspolizei, niemals militärische Übungen irgendwelcher Art vorgenommen. Räumlich stelle die Einheit eine neue Forderung auf, die innere Organisation der Polizei betreffend. Dies stelle einen unerhörten Eingriff in die Hoheitsrechte der einzelnen Länder dar, zu dem aus dem Friedensvertrag keinerlei Berechtigung vorliege. Die preussische Regierung habe als erste von den Landesregierungen, den nach dem Krieg und der Revolution völlig veränderten Sicherheitsverhältnissen entsprechend, eine Umformung der staatlichen Polizei vorgenommen und unter Trennung der Aufgaben der Polizei eine Scheidung in Sicherheits- und Ordnungspolizei vollzogen. Die Sicherheitspolizei würde aus jüngeren, den Anforderungen entsprechend bewaffneten Beamten zusammengesetzt, während in der Ordnungspolizei der ältere Teil der Beamenschaft verbleibe. Die Sicherheitspolizei stelle somit keine Neubildung, sondern lediglich eine Umformung bzw. eine Aufgabentrennung in der bestehenden Polizei dar.

Der Minister des Innern erklärt sich bereit, Kontroll-Offiziere der interalliierten Regierung bei allen Behörden, denen Sicherheitspolizei untersteht, zuzulassen, um die Verwendung und Bewaffnung der Sicherheitspolizei zu beaufsichtigen; wenn die innere Verhältnisse in Preußen sich gebessert haben, werde eine Verhandlung mit diesen Offizieren über eine Umformung oder anderweitige Bewaffnung der Sicherheitspolizei stattfinden.

Die Auflösung der Sicherheitspolizei aber, die sich das Vertrauen der Bevölkerung, insbesondere auch des größten Teiles der Arbeiterschaft erworben hat, und die die feste Stütze des Staates und der Verfassung und den Hort der Ruhe und Ordnung des Landes bildet, müsse abgelehnt werden.

Sozialdemokraten und Heeresverminderung.

Die „Magdeburger Zeitung“ glaubt einen Widerspruch zwischen der Haltung der „Volksstimme“ und andern Sozialdemokraten in bezug auf die Heeresverminderung feststellen zu können. Daß sie sich damit auf dem Holzweg befindet, kann sie aus folgender Resolution ersehen, welche die Sozialdemokraten im Bezirk Halle einstimmig angenommen haben:

Die am 27. Juni d. J. in Halle tagende Konferenz der Ortsvereine des Unterbezirks 1 wendet sich mit Entschiedenheit gegen das Streben reaktionärer Kreise, die Reichswehr in einer Stärke von 200 000 Mann zu erhalten. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß es notwendig ist, eine verfassungstreu, zuverlässige Sicherheitswehr auf eine genügend hohe Zahl zu bringen. Die Konferenzteilnehmer sind ferner der Ansicht, daß eine Sicherheitswehr von 100 000 Mann einer Reichswehr von gleicher Stärke vorzuziehen ist.

Die gleiche oder ähnliche Haltung nimmt die gesamte Parteipresse ein. Auch die von der Tante Faber zitierte „Sozialistische Korrespondenz“ verlangt nicht die Beibehaltung der 200 000 Mann Reichswehr.

Das unabhängige Organ von Magdeburg ist der Meinung, Deutschland brauche überhaupt keine Wehrmacht. Damit hat es sich selbst die schönsten Ohrfeigen herunter. Gerade die Unabhängigen brüllen doch fortwährend nach der Bewaffnung des Proletariats und sie wollen doch ihre Diktatur auf eine Rote Armee stützen.

Die ganze Unsinnigkeit der unabhängigen Politik kommt hierbei wieder einmal klar zum Ausdruck. Einmal wollen sie die völlige Waffenlosigkeit der deutschen Republik und die völlige Auflösung der Reichswehr und Sicherheitspolizei, gleichzeitig verlangen sie aber die Bewaffnung des Proletariats und die Aufstellung einer Roten Armee.

Zur Reform des Strafrechts.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Braun (Franken) und Radbruch haben im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht:

Die Reformbedürftigkeit des Strafrechts war schon vor dem Kriege unbestritten. Sie ist nun eine der dringlichsten Aufgaben der Gesetzgebung geworden. Die Entwürfe zu einem neuen Strafgesetzbuch, die vor dem Kriege Gegenstand der wissenschaftlichen und politischen Erörterungen waren, sind überholt. Die Grundlinien für die künftige Reform des Strafgesetzbuchs durch eine alle Interessenten anerkennende Erörterung zu schaffen, soll nicht aufgeschoben werden. Diesem Zwecke würde in hohem Maße die Veröffentlichung des im Reichsjustizamt in der Zeit als Herr Sandberg ihm vorhanden, ausgearbeiteten Strafgesetzentwurfs dienen. Wir richten an die Reichsregierung die Anfrage, ob sie zum Zwecke der Information der Mitglieder des Reichstags und zur Schaffung einer Grundlage für die wissenschaftliche und politische Erörterung der Strafgesetzbuchprobleme diesen Entwurf schleunigst zu veröffentlichen gedenkt.

Es ist zu hoffen, daß die Anfrage recht bald in befriedigendem Sinne erwidert und die Reform des Strafrechts beschleunigt in Angriff genommen wird. Die Verbesserungsvorschläge für das Strafgesetzbuch reichen bis in die ersten Jahre dieses Jahrhunderts zurück. Die meisten hiervon sind durch den Weltkrieg und erst recht durch die ihm folgende Revolution überholt. Das neue Strafgesetzbuch muß ein Spiegelbild der geänderten sozialen und Machtverhältnisse werden und insbesondere das Recht in Verbindung des Volkes, das in dem bisherigen Gesetz mehr als fleckenfleckig behandelt wurde, zum klaren Ausdruck bringen.

265 Milliarden innere Reichsschuld.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte Staatssekretär Schröter, daß der vorliegende Etat nur die dringendsten Anforderungen enthalte, es werde aber möglichst bald ein zweiter Etat folgen. Der Referent Abg. Frösch (Sog.) verwies auf die zumeist aus den Eisenbahn- und Postbetriebe mit Bayern herrührenden 4000 neu angeforderten Beamtenstellen und wünschte, daß auch in andern Ministerien Stellen nachgeholt würden. Auf Anfrage gab Finanzminister Dr. Wirth ein trübes Bild über die schlimme Finanzlage des Reiches:

265 Milliarden Gesamtschuld.

dazu eine Menge großer Aufgaben und weiteres Verlangen auf Gewährung von Reichsmitteln für alle möglichen Zwecke. Der Finanzminister wird sich Donnerstag im Plenum des Reichstags darüber äußern. An die Forderung 450 Millionen Mark für Wohnungszwecke knüpfte sich eine längere Aussprache. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Ministerialrat Glas betonten,

daß vom Ministerium alles geschehe, um die Wohnungsnot zu bannen; der Kohlen- und Baustoffmangel wie andre Dinge erschweren diese Arbeit außerordentlich.

Anabhängige Worte und Taten.

Auf einer sozialdemokratischen Landeskonferenz in Thüringen gab Genosse Hofmann eine Erklärung über die Abfindung der Thüringer Fürsten. Die Mitteilungen zeigen, daß die Unabhängigen, wo sie am Ruder sind, keine Taten vollbringen, die ihren radikalen Redensarten entsprechen. Die Ansprüche des Herzogs von Meiningen, der ein Privatvermögen von etwa 120 Millionen besaß, wurden von unsern Genossen auf sieben Millionen heruntergeschraubt, dagegen hat der Herzog von Gotha (wo bekanntlich die Unabhängigen dominieren) trotz seines viel geringeren Privatvermögens 21 Mill. angefangen bekommen. Der Rudolstädter Gottesgnadenmann muß sich mit einer Pension von 150 000 Mark begnügen; in Schwarzburg-Sondershausen aber, wo abermals die Unabhängigen die Alleinherrschaft antraten, bezieht derselbe Saunföng 400 000 Mark jährlich.

Wenn man das liest, dann wird man auch begreifen, warum in den letzten Tagen von der äußersten Rechten so viele Liebeserklärungen an die äußerste Linke gerichtet wurden. Für so viel Geld würde selbst Miltra, der Egelwig aller Hammelböden in den Schwarzen Bergen, Ehrenmitglied bei den Ultraradikalisten werden. Schade, daß dort die Unabhängigen keine Ortsgruppe haben.

Anabhängige Obstruktion in Gotha.

Die unabhängige Presse konnte sich nicht genug entzünden, als die Parteien der Rechten in Braunschweig durch Obstruktion die Regierungsbildung zu hindern suchten. Im hochheiligen Landtag machen nun die Unabhängigen Obstruktion, um die Regierungsbildung zu verhindern.

Durch ihren ausschließlichen Kampf gegen die Sozialdemokraten haben die Unabhängigen in Gotha die sozialistische Mehrheit zerstört. Sie haben den Sozialdemokraten einen Sitz abgejagt, der an die Reaktion verlor, dazu aber auch noch selbst einen Sitz eingebüßt. Durch ein Zusammengehen mit dem einen demokratischen Abgeordneten wäre trotzdem eine Koalition der Linken möglich gewesen. Aus Anlaß vor den Kommunisten wollen die Gothaer Unabhängigen diese Verbindung aber nicht eingehen. Durch Obstruktion suchen sie nun eine Regierungsbildung überhaupt zu verhindern.

In einer Sitzung der Landesversammlung, in der die Bildung der neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, brachten die Unabhängigen einen Dringlichkeitsantrag ein, den Reichspräsidenten zu erwählen, den Ausnahmezustand sofort aufzuheben und den Reichskommissar Halle sofort abzuberufen.

Nachdem der einzige demokratische Abgeordnete den Sitzungssaal verlassen hatte, wurde die Dringlichkeit des Antrags mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Nach einer kurzen Unterbrechung gaben die Unabhängigen eine Erklärung, daß sie jede weitere parlamentarische Mitarbeit verweigern, und verließen den Saal. Damit waren weitere Verhandlungen und die Regierungsbildung unmöglich.

Ihren alten Führer wiedergeholt.

Der Kongreß der französischen Eisenbahnerverbände wählte in einer gestern abgehaltenen Sitzung den früheren Sekretär des allgemeinen Eisenbahnerverbandes, Wibegarray, der bei den letzten Wahlen gegen die Extremisten unterlag, mit 84 gegen 19 Stimmen zum provisorischen Präsidenten. Die endgültige Wahl wird auf dem Landeskongreß, welcher Ende August stattfindet, erfolgen.

Auf dem letzten Verbandstag der französischen Eisenbahner Ende April war Wibegarray mit allen alten Führern des Verbandes abgefaßt worden, weil ihnen die Maulhelden der Opposition „Flaumacherer“ u. dgl. vorwarfen und eine knappe Mehrheit für ihre Richtung erlangt hatten. Keum waren nun die „revolutionären“ Gewerkschaftsführer ans Ruder gelangt, hatten sie, ganz nach radikalem Berliner Muster, ihr Können zeigen wollen und einen Generalstreik vom Zaune gebrochen. Dieser brach unter schweren materiellen Opfern der Arbeiterschaft nach zweieinhalb Wochen zusammen, ohne jemals allgemein gewesen zu sein. Bilanz: Tausende von Streikenden entlassen, über hundert verhaftet, die Verbandstassen leer.

Nun haben die französischen Eisenbahner aus ihrer schmerzlichen Niederlage die Konsequenzen gezogen und ihren alten Führer wieder eingesetzt.

Der Reichstag über Spa.

4. Sitzung. Berlin, 30. Juni, mittags 1 Uhr.

Im Regierungsstich: Fehrenbach, Dr. Heinze, Koch, Wirth. Witzfänger Dr. Heinze erklärt auf Anfrage, daß die Regierung bereit sei, die Interpellation über Vorbereitungen zum Generalstreik, über die Arbeiterverfassung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und über die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den nächsten Tagen zu beantworten.

Ein Antrag des Geschäftsausschusses auf Aufhebung der gegen den Abg. Wittwack (Unabh. Sog.) verhängten Festungstrafe wird nach den Ausführungen des Berichterstatters Dr. Pfeiffer (Ztr.) für die Dauer der Sitzungsperiode einstimmig angenommen.

Der gleiche Berichterstatter erklärt, daß der Ausschuß dem Antrag Schalk (Bromberg, dt.-natl.) auf Aufhebung eines gegen den Abg. van den Kerckhoff (dt.-natl.) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session zustimmt.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh. Sog.): Wir treten unter allen Umständen für den Schutz der Immunität ein, gleichgültig, um welche Partei es sich handelt. Hier kommt eins der wichtigsten Volksrechte in Frage, wir schützen die Immunität nicht weil sie ein Privileg der Abgeordneten ist, sondern weil eine Verkürzung der Rechte der Wähler vorliegt, die ein Recht darauf haben, daß die von ihnen gewählten Männer auch mitzutagen in der Lage sind. Im Gegensatz zur Rechten nutzen wir solche Fragen nie parteipolitisch aus, sondern kennen nur eins: Schutz der Rechte des Volkes. (Weiß. b. d. Unabh. Sog.) Der Ausschußantrag wird darauf einstimmig angenommen.

Die politische Aussprache.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wird darauf fortgesetzt. Abg. Trimborn (Zentr.): Wir sind in eine neue Periode unserer politischen Entwicklung eingetreten. Die Grundlage unserer politischen Tätigkeit muß die Reichsverfassung sein. Sie ist unverrückbar. Wir sind heute noch trotz aller Kritik der festen Überzeugung, daß die alte Regierungskoalition die einzige Möglichkeit bei, zur Verfassung und zum Wiederaufbau zu gelangen. Wir haben es begrüßt, daß die Deutsche Volkspartei nunmehr der Regierung beitreten ist. Das ist eine wesentliche Stärkung der Regierung. Wir beklagen es andererseits, daß die Sozialdemokratie aus der Koalition ausgetreten ist. Eine Regierung ohne jede Demokratie und Arbeitervertretung kann

uns nicht helfen. Ihre heraldischen Sprechwünsche begleiten den Reichstanzler bei der Übernahme seines oberreichen Amtes. (Beifall.) In Spa muß unsern Begnern klargemacht werden, daß Deutschland nicht Lebenslust und Lebenshoffnung gewinnen kann, wenn ihm nicht die Lebensmöglichkeit gegeben wird. Die überwiegende Mehrheit des Volkes lehnt sich aber nach einer starken Regierung. (Beifall.) Die ewige Notensstellung kann uns nichts helfen. Die Einnahmen und Ausgaben müssen in Einklang gebracht werden, sonst sind wir tot; wir sind schon dem Abgrund nahe.

(Sehr richtig!) Die von Preußen geplante Zwangsrentenforderung aller Beamten über 65 Jahre ist auch vom Sparfankeitsstandpunkt bedenklich. Vor allem müssen Eisenbahn und Post billiger arbeiten. (Sehr richtig!) Die neue Besoldungsordnung ist schon jetzt lächerlich geworden. Wir müssen mehr Waren, mehr Nahrungsmittel erzeugen. Kohle und Kali müssen der Volkswirtschaft zu erschwinglichen Preisen zugeführt werden. Wir billigen alle Maßnahmen, die dazu helfen, uns über die beginnende Wirtschaftskrise hinwegzuhelfen und der wachsenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Das Vertrauen des Reichstanzlers zur Sozialreform begrüßen wir. Die Lebensmittelversorgung kann nur verbessert werden durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Bei den Grundlagen der Ernährung würde die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu Preissteigerungen führen, die mit dem Wohle der Bevölkerung nicht vereinbar sind. Die Männer der neuen Regierung können unsern höchsten Vertrauens gewiß sein. (Sehr. Weif. i. Zentr.)

Abg. Dr. Strefemann (Dt. Sp.): Es ist scharfe Kritik geübt worden an dem parlamentarischen System. Befonders bezeichnet war die Stellung der Reichssozialdemokraten. Obgleich man ihre Mitarbeit wünschte, versagte sich die Reichssozialdemokratie der Mitarbeit. (Zuruf b. d. Sog.: Seit wann wird denn diese Mitarbeit gewünscht?) Das, was in den Monaten des Wahlkampfes, namentlich auch von den literarischen Mitarbeitern des „Vorwärts“, geleistet worden ist, läßt auch wohl an Geschick und Tatkraft nichts zu wünschen übrig. Einer vernünftigen Sozialisierung wird sich niemand entgegenstellen, wenn durch sie die Notung der Produktion gewährleistet wird. Den Gesamtaufbau des Kabinetts hätten wir uns allerdings gern anders gewünscht, doch begrüßen wir es als eine Etappe auf dem Wege zur Entpolitisierung unserer Wirtschaft. Die Zwangswirtschaft hat sich mannigfach gut und langsam behauptet, jetzt ist sie aber reif, bis auf wenige unentbehrliche Nahrungsmittel befreit zu werden. Diese Fragen erfordern die Mitarbeit der Wirtschaftler. Doch ist der eingeleitete Wirtschaftskampf nicht eine glückliche Zustand, denn mit seinen 300 Mitgliedern ist er zu vielköpfig. Die Wirtschaft muß von der Zentralisierung befreit werden, unter der sie gegenwärtig leidet. Dazu müssen die Landeswirtschaftsräte mehr gehört werden, damit nicht immer Klagen über die Bevorratung von Weizen laut werden. Gewerkschaften und Großindustrielle müssen zusammenarbeiten, wie es bei dem Wohnungsbau für Bergarbeiter versucht, aber nicht in wünschenswerter Weise zustande gekommen ist. Die Unterseite in Spa kann noch verhängnisvoller für uns werden als die in Versailles. Es kann uns vor Wirtschaften stellen, die für Deutschland vernichtend sind. So ohnmächtig sind wir nicht, trotz des besessenen Krieges, als daß nicht unsere Wirtschaft selbstbestimmend wäre für die anderen Völker. Die sogenannten Staatenlosen müssen den Auslandsdeutschen gleichgestellt werden. Auch der Kriegsgefangenen, die heute noch nicht zurückgeführt sind, muß in Spa gedacht werden. Auch auf das Verhalten der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet ist hinzuweisen. Dasselbe gilt für die Schikanierungen in Ostpreußen durch die Polen. Jedenfalls darf in Spa der Wunsch, feste Verhältnisse zu schaffen, nicht dazu führen, unerfüllbare zuzugeschieben. (Lebhafte Zustimmung.) Das neue Kabinett hat in schwerer Zeit sein Amt übernommen. Möge es aufbauende Arbeit leisten, dann wird die große Mehrheit des Volkes hinter ihm stehen. (Sehr. Weif. b. d. Dt. Sp.)

Abg. Schiffer (Dem.): Wenn durch unsere Haltung die Bildung der Regierung verzögert worden ist, so ist das nicht unsere Schuld. Gätten wir eher unsere Einwilligung gegeben, so hätte man uns vorgeworfen, wir hingen an unsern Ämtern. (Sehr richtig! b. d. Dem.)

Dieser Standpunkt ist von der Sozialdemokratie nicht geteilt worden. In Übereinstimmung mit dem Vorredner halte ich das für einen schweren Fehler. Wenn eine Partei eine Verantwortung hat, so kann sie die Folgen nicht dadurch von sich abwälzen, daß sie aus der Regierung austritt. (Zustimmung.) Die Stellung der Sozialdemokratie ist immerhin insofern zweifelhaft, als sie der Regierung ihre materielle und positive Unterstützung nicht versagt. Gerade wir Demokraten schlagen die Brücke zwischen den beiden Volksteilen, die auseinander zu flattern drohen. Die Mitarbeit der Deutschnationalen haben wir nicht als im Interesse des Vaterlandes betrachten können. (Sehr. Hödt, hört! rechts.) Die Gefahr, in die unsere Interessen gegenüber dem Ausland bei einer Beteiligung der Deutschnationalen geraten würden, ist zu groß. (Sehr richtig! b. d. Weif.) Der demokratische Gedanke ist maßgebend gewesen für die Regierungsbildung wie für die Regierungserklärung. Der Geist der Demokratie setzt sich durch, weil er der stärkere ist. (Lebhafte Beifall.)

Das Programm des Reichstanzlers begrüßen wir. Seine Erklärung ist von tiefem sittlichem Gefühl getragen. Die große Zahl von Einzelheiten, die sie enthält, bürgt uns dafür, daß man sich über alle diese Fragen im Kabinett geeinigt hat und daß das Kabinett daher von Dauer sein kann. Es fehlt leider dem Volke an Verständnis für die Schwere der Zeit. Bei uns bildet die innere Politik den Hauptfaktor. Die Geschichte beweist aber, daß große Staaten immer dann zugrunde gegangen sind, wenn die innern Zwistigkeiten den Vorrang erhielten.

Der Friedensvertrag leidet an dem innern Widerspruch, daß er gleichzeitig uns niederwirft und aus uns Nutzen ziehen will. Die dringende notwendige Revision des Friedensvertrags können wir nicht erhoffen von einer sozialistischen Internationale, sondern von der Internationale des wachsenden Glanzes der ganzen Welt. Wir werden in Spa nicht branntschieren und intrigieren, sondern bis zum äußersten und letzten loyal und offen sein. (Beifall.) Wird diese Sprache nicht gehört, dann müssen wir, wie schlimm die Folgen auch sein können, ein Nein sagen (Sehr. Weifall), denn das schlimmste wäre, jetzt etwas zu versprechen, was wir nicht halten können. Alle die gesteckten Ziele müssen im engen Einbernehmen mit den Ländern erreicht werden. Wenn die Dinge zum Einheitsstaat drängen, so können wir doch einen zentralistischen Einheitsstaat nicht brauchen. (Sehr richtig!) Eine starke Regierung, die Wahrheit, Entschlossenheit und Tatkraft besitzt, werden wir gern unterstützen. (Sehr. Weifall b. d. Dem.)

Abg. Dr. Heim (Wahr. Sp.): Diejenigen, die nach Spa gehen, müssen sich vorher eine genaue Bilanz aufmachen, eine Bilanz der Wahrheit. Sie müssen sich aber auch in die Mentalität der Ententestaaten und besonders Frankreichs, das unendlich viel gelitten hat, vertiefen. Aber diejenigen sind nicht die unglücklichsten Mitleidigen, die ihrem Schuldner beibringen, um ihn vor dem Ruin zu bewahren. Das erste, um einen verlotterten Betrieb wieder in die Höhe zu bringen, ist Stabilität und Ordnung. (Zuruf der Unabh. Sog.: Und Bayern?) Lassen Sie uns für uns selber sorgen. Wir haben und wollen in Bayern einen Bürger- und Arbeiterstaat ohne Klassenegensätze. (Sehr. Bravo!) Frankreich soll wissen, daß das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit jeden Militarismus vollkommen ablehnt. Aber mit dem Verlangen, unser Heer auf 100 000 Mann zu reduzieren, zerstört Frankreich die erste Voraussetzung unsern Wieder-

aufbau, die Ordnung. Der Wiederaufbau kann erfolgreich nur erfolgen, wenn die besten Männer des ganzen Volkes an die Spitze gestellt werden, dann aber auch für längere Zeit dort wirken können und nicht alle paar Monate wieder abtreten müssen. (Sehr richtig!) Ich muß auch heute noch eine ganze für die Zwangswirtschaft brechen, die im heutigen Stadium einfach unentbehrlich ist. Unsere wahrnimmige Preissteigerung auf allen Gebieten kann nicht so weitergehen, darüber ist sich alles klar. Wir leiden an einem fehlerhaften Valutazirkel. Dagegen gibt es nur eine Rettung, die Einführung einer doppelten Valuta, wie ich dies in meiner letzten Rede ausgeführt habe.

Das der Preisabbau einsehen muß, auch darüber ist sich jeder klar. Ich habe nichts dagegen, wenn er bei der Landwirtschaft einsetzt, um so endlich über das alte Widerspiel hinauszukommen, zuerst Löhne — zuerst Preise — zuerst Landwirtschaft — zuerst Industrie. Dazu ist es aber unter allen Umständen notwendig, daß die in der Landwirtschaft notwendigen Produkte, die Düngemittel im besonderen, stabilisiert werden. Stabilisiert muß auch werden der Gewinn jeder Art. (Lebh. Bravo!) Es geht nicht an, daß wichtige Gesellschaften heute 100 Prozent Dividende verteilen — da ist die Frage gelöst, warum alles so teuer ist. (Lebh. Sehr richtig!) Der Gewinn des einzelnen und der Gewinn der Gesellschaften muß, wie dies in England während des Krieges geschehen ist, auf eine gewisse Höhe beschränkt werden.

Strafenloser Gewinn ist ein Verbrechen am Volke.
(Sehr richtig! links und in der Mitte.) Ich sage hier offen, daß die Regierung jetzt in das genaue Gegenteil der Kriegszeit gefallen ist und jetzt zu hohen Höchstpreisen festhält. So haben die böhmischen Bauern erst jüngst wieder erklärt, daß sie eine Herabsetzung des Weizenpreises und der Kartoffelpreise für möglich halten. (Sehr richtig! links.) Der Landwirtschaftsminister erklärt dann aber (zu der Rechten) — sagen Sie das allen Ihren Landwirten — die Pflicht, mit ihren Preisen die niederste mögliche Grenze innezuhalten. (Lebhafte Bravo!) Auch die Steuerbefreiung muß darauf entsprechend Rücksicht nehmen, so ist z. B. das steuerfreie Existenzminimum des Einkommens heute längst nicht mehr richtig. (Sehr richtig!) Ein Konjunkt ist ein dezentralisierter Zentralismus. Wir müssen unter allen Umständen den weitestgehenden föderalistischen Aufbau beibehalten. Die Zentralisierung bedeutet eine riesige Verletzung des Vertriebs und ist für unsern Wiederaufbau am allergeringsten. Bei unsern auswärtigen Politik müssen wir Personen- und Parteiländpunkt vielmehr zurücktreten lassen, müssen nach dem stolzen englischen Worte denken und handeln: Wright or wrong, my country! (Lebhafte Beifall.)

Präsident Lobe teilt mit, daß die Unabhängigen ein Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung beantragen.
Das Haus vertagt sich.
Donnerstag 1 Uhr: Nat.-Stat., Anträge, Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung.
Schluß 6 Uhr.

Ein politischer Mordprozeß.

Nach Eröffnung der fünften Sitzung am Dienstag spricht ein Geschworener die Bitte aus, einen Ruhetag zu machen, da die Geschworenen nicht in der Lage seien, mehrere Tage hintereinander der Verhandlung mit der nötigen Aufmerksamkeit folgen zu können. Es soll deshalb am Mittwoch nicht verhandelt werden.
Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman: Es ist bei mir ein Schreiben des Zeugen Ottomar Trifel ohne nähere Adresse zugegangen, in welchem dieser erklärt, daß er sehr gern vor Gericht erscheinen würde, aber um polizeilichen Schutz bitten müsse, da er fürchte, von kommunistischer Seite belästigt zu werden. Ich richte deshalb an die Presse die Bitte, zum Ausdruck zu bringen, daß sich Trifel in dem Amtszimmer des Kriminalkommissars Tretlin, Zimmer 62a im Polizeipräsidium, melden möchte, und zwar in den Vormittagsstunden. Von dort aus wird ihm jeder nötige Schutz gewährt werden.

Im Anschluß hieran bringt der als Berichterstatter amwesende Rebalber der kommunistischen „Roten Fahne“ eine Beschwerde darüber vor, daß er beim Betreten des Sitzungssaales auf Waffen durchsucht worden sei. Der Vorsitzende erklärt, daß diese Maßnahme eine ganz generelle sei und sich keinesfalls gegen einzelne Personen richte.
Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg: Von dem Herrn Staatsanwalt wird bekanntlich unter großer Mühseligkeit und unter großen Kosten der Belastungszeuge Schreiber aus der Schweiz herbeigeholt. Wir erwarten, daß der Herr Staatsanwalt so loyal sein wird und auch den Entlastungszeugen Konstantin Heinrich, der sich in Moskau befindet, unter Anwendung gleicher Mühe herbeischafft.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman: Der Herr Verteidiger verdröht etwas die Tatsachen. Ich habe von vornherein erklärt, daß ich auf den Zeugen Schreiber keinerlei Gewicht lege.
Rechtsanwalt Liebtnecht: Wenn der Herr Staatsanwalt aus irgendeinem Fonds 4000 Mark zur Verfügung hat, um den Zeugen Schreiber zu kaufen, so wird er auch Mittel und Wege finden, den Zeugen aus Moskau herbeizuschaffen.
Staatsanwalt Dr. Ortman: Ich bitte das Gericht, mich gegen eine derartige Unterstellung, daß ich Zeugen „kaufe“, in Schutz zu nehmen.

Vorl.: Der Herr Verteidiger weiß doch wohl genau, daß dieser Vorwurf zu Unrecht erhoben ist, da das Gericht den Staatsanwalt erst ermächtigt hat, den Zeugen herbeizuschaffen.
Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld läßt aus überreichten Akten feststellen, daß Blau als Spitzel bei den Unruhen im Januar tätig war und als Kommandant bei Wügnlein 4000 Mark unterschlagen habe.
Zeuge Kriminalkommissar Maslaci wird zunächst noch einmal über die an Schreiber von der Polizei gezahlten Beträge vernommen. Der Zeuge stellt fest, daß Schreiber in der Zeit vom 18. bis 25. August, in welcher er mit bei den Ermittlungen in Magdeburg und Hötensleben tätig war, im ganzen 700 Mark erhalten hat. Darin lagen auch die Ausgaben für Reise, Verpflegung und Logis. Auf weitere Fragen erklärt Zeuge, daß er selbst nie mit der antihörsche-witschischen Liga zusammengearbeitet habe und die Agenten der Agentenabteilung nicht kenne.
Auch Kriminalkommissar Tretlin äußert sich kurz zu der Geldfrage. Solange er mit den Ermittlungen beschäftigt

war, könne er nur sagen, daß Schreiber, der einen sehr angenehmen Eindruck machte, im Gegensatz zu den sogenannten Vigilanten der Kriminalpolizei ihn nicht um Geld angegangen habe, er ihm auch persönlich nichts gegeben habe.
Ausschließlich wird Johann Kriminalkommissar Maslaci über die Aussage des Zeugen Wohl junior, der gestern sich bekanntlich auf die Einzelheiten seiner Aussage vor dem Kommissar Maslaci nicht bestimmen konnte, vernommen. Er befand, daß Wohl bei dieser Vernehmung infolge seiner und seiner Frau Verhaftung vollständig zusammengebrochen und er nicht weiter konnte. Seine im Protokoll niedergelassenen Aussagen, die ohne jede Einwirkung ganz aus freien Stücken gemacht wurden, machen durchaus den Eindruck eines vollständig wahrheitsgetreuen Geständnisses und enthielten manche Punkte, die bis dahin vollständig neu waren.

Zeuge Wohl erklärt hierzu, daß er bei jener Vernehmung vollständig niedergebrochen und nicht Herr seiner Sinne gewesen sei und also seine damaligen Befundungen nicht aufrechterhalten könne.
Wohl hat am Montag später umher 19. Dezember aus dem Untersuchungsgefängnis noch einen Brief geschrieben, in welchem er u. a. schrieb: er habe von Anfang an die Wahrheit gesagt und möchte auch dabei bleiben; er verpflichte sich, später seine Person ganz in den Dienst der Sache zu stellen, falls der Kommissar noch jemand vor den Tätern habhaft werden sollte. Der Brief schließt etwa: Seien Sie so liebenswürdig und verheißnen Sie zwei harmlosen Menschenkindern zu einem gesegneten Weihnachtsest. Zeuge Wohl erklärt, daß es ihm vor allen Dingen darauf angekommen sei, möglichst bald in Freiheit zu kommen.

Größere Schwierigkeiten bereitet dem Vorsitzenden die Vernehmung des Zeugen Mag Gulenberger. Der Zeuge ist kommunistisch; er wird aus der Haft vorgeführt, da er in Leipzig wegen Betrugs verurteilt ist. Er hat femerzeit, als er in Strafbau lag, am 21. Januar aus dem Gefängnis in Harburg an den dortigen Amtsanwalt geschrieben, daß er instand und willens sei, die Mörder des Blau zu nennen. Er ist dann dem Amtsanwalt vorgeführt worden, hat sich aber dann geweigert, Mitteilungen zu machen und wollte freigelassen werden. Am 10. Februar hat er der Staatsanwaltschaft in Berlin das selbe Anerbieten gemacht, allerdings unter verschiedenen Bedingungen; wenn man diese annehme, verbürge er sich, daß innerhalb 8 Tagen sämtliche an der Mordeffäre beteiligten Personen, einschließlich Herrn und Hoppe, verhaftet werden können. Der Zeuge ist dann nach Berlin geschafft und hier von dem Untersuchungsrichter eingehend vernommen worden. Er hat da unter seinem Eide mehrere Personen als Teilnehmer an dem Morde bezeichnet, darunter auch den Angeklagten Hoppe und einen gewissen Kronenbitter, von dem er mehreres über die Morde erfahren habe. Kronenbitter habe ihm in bezug auf Blau gesagt: Das ist der siebente oder achte, der beschwindelt, er sei auch nicht der erste, den er um die Gde gebracht habe, denn er gehöre der betreffenden Gruppe an.

Diesem eiblichen Aussagen dem Untersuchungsrichter gegenüber erklärt der Zeuge auf wiederholten Vorhalt des Vorsitzenden, daß er von all diesen Dingen nichts wisse. Der Untersuchungsrichter habe diese Aussage erpreßt. Als er das Protokoll bei dem Untersuchungsrichter unterschrieb, habe er nicht gewußt, was er tat. Der Vorsitzende macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß dies mit seiner eiblichen Aussage vor dem Untersuchungsrichter in trassem Widerspruch stehe und er ja einen Meineid geleistet haben würde, wenn er den Richter wirklich angelogen haben sollte. Der Zeuge bleibt aber dabei und meint, er sei bei seiner damaligen Vernehmung bewirkt gewesen.

Zeuge Landgerichtsrat Marquardt, der femerzeit die Voruntersuchung in dieser Sache führte, hat wiederholt Wohl und Gulenberger vernommen. Nach seiner Befundung ist das, was Gulenberger heute hier gesagt hat, eine grobe Unwahrheit. Auf seine Aussage sei in keiner Weise durch Doahungen eingewirkt worden. Seine damaligen Aussagen hätten den Eindruck gemacht, daß er das, was er damals sagte, für richtig gehalten hat.

Rechtsanw. Weinberg wünscht Auskunft darüber, wie es denn möglich gewesen sei, daß es her berücksichtigten Spitzelin Schröder-Mahnte möglich geworden sei, nicht nur in Männerkleidung zu Hoppe und Deuschner in die Zelle zu gelangen und sie unter der Wäsche einer Parteigenossin auszuordnen, sondern daß sie sich auch habe rühmen können, Einsicht in die Akten genommen zu haben. Das sei doch ungeheuerlich, zumal wenn man bedenke, wie schwierig es sei, die Sprecherlaubnis zu erlangen, und daß selbst den Verteidigern allerlei Schwierigkeiten gemacht würden, wenn sie die Akten einsehen wollten. Zeuge Marquardt erklärt hierzu, daß er einem Manne, der in selbgrauer Uniform war und Brille trug, die Sprecherlaubnis erteilt habe. Er habe, als er den wirklichen Sachverhalt erfahren habe, daß es sich nämlich um eine verkleidete weibliche Person handelte, jede weitere Sprecherlaubnis abgeschnitten. Wie die Schröder-Mahnte Einsicht in die Akten habe nehmen können, wisse er nicht, könne es sich auch nicht erklären; mit seiner Erlaubnis sei es jedenfalls nicht geschehen. — Rechtsanw. Weinberg: Ist Maslaci der Schröder behilflich gewesen, Einsicht in die Akten zu nehmen? — Zeuge Maslaci: Ich kann ja mit Bestimmtheit erklären, daß es nicht der Fall ist. — Rechtsanw. Weinberg bringt noch zur Sprache, daß die Schröder-Mahnte dem Angeklagten Hoppe sogar unterbreitet habe, ihn gewaltsam aus der Haft zu befreien; er solle nur Anhalt dafür geben, wie es am besten zu machen sei.

Zeuge Tischler Gustav Kronenbitter, von dem Gulenberger bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter belastende Aussagen gemacht hat, bekennt, mit jenem über den Mord an Blau etwas andres gesprochen zu haben, als was in der Zeitung gestanden. Das, was ihr Gulenberger in den Mund legen wollte, habe er nie gesagt.

Das Gericht beschließt, Wohl unbeeidigt zu lassen, aber die Zeugen Kronenbitter, Schmidt und Gulenberger zu beeidigen. Gulenberger verweigert den Eid trotz der ihm drohenden Zwangsmagnahmen, weil er meint, daß er die Akten dann zwei Meineidsanklagen gegen sich herausbeschwören könnte. — Das Gericht nimmt den Zeugen in eine Geldstrafe von 300 Mark eventuell 30 Tagen Haft.
Zeuge Lederarbeiter Mag Deuschner ist femerzeit verhaftet gewesen, das Verfahren ist aber eingestellt worden. Er war Leiter der Versammlung, in der Blau als Spitzel entlarbt

worden ist. Der Zeuge bekennt, entlassenen die Behauptung, daß Blau zum Tode verurteilt worden sei. Das sei eine der klandesten Verleumdungen, die es geben kann. Er habe auch nicht gehört, daß am Kreuzberg gesagt worden sei: es wäre das einfachste, den Blau auf dem Tempelhofer Felde zu erschießen. Von der Existenz einer Gruppe oder Liga tenberger Gruppe in seiner Partei sei ihm absolut nichts bekannt. Der Spitzel Samson sei sofort in seine Zelle gesperrt gewesen, als er, Zeuge, aus Königsberg hier angekommen. Auf seine verwunderliche Frage, wie es denn in Gemeinschaftlichkeit komme, habe der Wärter gesagt: „Ja, es ist hier so voll, da kommen die Harmlösen in Gemeinschaft.“ Er sei sich sofort bewußt gewesen, mit wem er es zu tun hatte, und ging seinen Versuchen, mit ihm anzubandeln, aus dem Wege. Samson habe sich als Kommunist ausgegeben. Er habe hinzugefügt, daß er das Glück habe, am Abend entlassen zu werden und gern bereit sei, etwaige Nachrichten für die Partei mit hinauszunehmen. Als er dann 2 Tage darauf dem Samson gegenübergestellt worden sei, habe dieser behauptet, er, Deuschner, habe den Befehl gegeben, Blau ins Wasser zu werfen.
Nachdem noch ein Zeuge Thüßen kurz vernommen worden, wird die Sitzung um 5 1/2 Uhr auf Donnerstag, 9 1/2 Uhr, vertagt.

Notizen.

Der Ausnahmezustand auch über Lübeck verhängt.
Änderungen in Lübeck haben im Laufe des Mittwoch einen größeren Umfang angenommen. Die Zahl der Geschäfte, die vollständig ausgeplündert wurden, fast ausschließlich Geschäfte der Schuhwaren- und Bekleidungsbranche, beträgt nahezu hundert. In andere Geschäfte drang die Menge ein und erzwang den Verkauf zu von ihr selbst festgelegten Preisen. Widerholt kam es im Laufe des Tages zu Zusammenstößen mit der blauen und der grünen Polizei. Die letztere machte von der Schußwaffe Gebrauch. Auf Seiten der Sicherheitswehr gab es drei Schwerverwundete, während von den Plünderern angeblich drei erschossen wurden. Die Zahl der Verwundeten ist jedenfalls beträchtlich. Gegen Abend hat der Senat den Ausnahmezustand über Lübeck verhängt; auch wurde die Einwohnerversammlung. Noch in späten Abendstunden hält die Schießerei in den Straßen an, die, soweit die Hauptstraßen in Betracht kommen, inzwischen abgesperrt worden sind.

Papst und Reichspräsident Ebert. Der Papst hat einen besonderen Botschafter nach Deutschland geschickt, der als apostolischer Nuntius firmierte. Am Mittwoch überreichte der Nuntius, Monsignore Pacelli, dem Reichspräsidenten das Verlaubungs-schreiben. Reichspräsident Ebert wies u. a. darauf hin, daß der erste Botschafter in die junge deutsche Republik vom Papst gesandt wurde. Nach Erledigung der Formalitäten lenkte Reichspräsident Ebert das Gespräch auf die in Frankreich immer noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen. Der Nuntius stellte in Aussicht, daß der Papst seinen Einfluß für die Rückkehr der Gefangenen geltend machen werde.

Nachstudien. Als vor einiger Zeit Genosse Professor Dr. Sinzheimer seine Antrittsrede an der Universität hielt, wurde er von deutschnationalen Studenten auf das roheste gestört, so daß er die Vorlesung abbrechen mußte. Die Führer sind jetzt ermittelt und, wie ein Anschlag am schwarzen Brett besagt, mit schweren Strafen belegt worden. — Warten wir die Sache ab!

Verfälschung der Volksabstimmung. Nach Ermittlungen eines in Neupolen ansässigen Vertrauensmannes des „Deutschen Schulbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen“ sind die Meldungen der deutschen Stimmberechtigten aus Polen zur Volksabstimmung richtig in die Hand der Abstimmungskommissionen in Ost- und Westpreußen gelangt. Von dort sind auch die Abstimmungsakten richtig abgeschickt worden. Aber nur ein Fünftel ist in die Hände der Stimmberechtigten gelangt. Die übrigen vier Fünftel sind zum größten Teile schon an der Grenze, sonst bei der letzten Poststation beschlagnahmt worden. Die Deutschen in Polen, die auf Grund von Abstimmungsabweisen bei den polnischen Poststellen nachsuchten, wurden unter Ausflüchten zurückgewiesen. Die Poststellen verlangen meist einen besonderen Ausweis der Internationalen Kommission. Wenn auch dieser beigebracht wurde, so wurden die Deutschen abermals unter dem Vorwand hingegeben, daß erst Ermittlungen über sie bei den örtlichen Polizeibehörden eingeleitet werden müßten. Es wird also nur ein winziger Bruchteil der zahlreichen stimmberechtigten Deutschen, die in Polen leben, an den Abstimmungen teilnehmen können. Es handelt sich also um eine planmäßige Fälschung des Abstimmungsergebnisses durch polnische Behörden. Da Deutschland ja wehrlos der Entente ausgeliefert ist, kann es sich nur auf Proteste beschränken, die aber nichts helfen werden.

Das Internationale Arbeitsamt. Das Internationale Arbeitsamt soll bereits am 5. Juli von Genua nach Genf überziehen. In dem Genfer Institut Thudicum werden eifrig Vorbereitungen zu seiner Aufnahme getroffen.

Internationale Seemannskonferenz. Die Internationale Seemannskonferenz in Genua nahm den Entwurf eines Abkommens an, das die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren auf See verbietet, nachdem die Artikel 4 und 5 zurückgezogen worden waren, die die Beschäftigung von Personen unter 18 Jahren im Heizraum und die Verwendung von Personen unter 17 Jahren als Nachwachse verboten.

Lösung der österreichischen Krise? Aus Wien kommt die Nachricht, daß sich die Sozialdemokraten und Christlichsozialen endlich über die Neubildung des Ministeriums geeinigt hätten. Staatskanzler wurde danach der Sozialdemokrat Hanusch, während Krenner das Außenministerium behält. Jedenfalls würde das neue Kabinett Hanusch nur zwei Vorlagen einzubringen haben: das neue Wahlgesetz und die Aufhebungsverordnung, so daß eine zweite konstituierende Nationalversammlung gewählt werden müßte für die Erledigung des Verfassungsgesetzes und der Vermögensabgabe.

Italienisch-jugoslawischer Zwischenfall. Eine Abteilung italienischer Soldaten, die hauptsächlich bei Buccari jugoslawisches Gebiet betrat, wurde von den Jugoslawen gefangen genommen. Der Kommandeur der italienischen Truppen forderte mit einem kurzfristigen Ultimatum die Herausgabe seiner Soldaten, die denn auch erfolgte.

Felle und Häute aller Art
Strumpfwolle, Messing, Kupfer, Rotguth, Zinn, Blei
kauft laufend zu erstaunlich hohen Preisen 2642

Sch. Israel, Johanniskirchhof 3b.

große Posten aus Ausfuchen
von 25.00 Mark an

Blusen Leaters Gelegenheitsstücke
33 Nickerbrücke 33 2653

Billige Stoffe!
Jungfer Mann sucht Stelle
als Zimmermann od. Bau-
schleier. Offerten an Hans
Gedersdoff, Wipperfurth,
c. Rudolfsgäß, Bismarckstr. 45
Gautzstr. 22, p. Abr. Joh. Schorde.

Raucht Bonitas!

Bekanntmachung.
Am Samstag den 3. Juli cr., vormittags 10 Uhr,
sollen auf bestigem Offizierschuppen u. a.
1 Kiste Kuchenteller, 1 Kiste Kernseife, 1 Kiste Ger-
nisschneidmesser, 1 Kiste Wein, 1 Saß Garn (Wolle),
Bekken, 1 Kiste Matrasen, 1 Gelbbettstelle
öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung
verkauft werden.
Güter-Abfertigung Magdeburg Hauptbahnhof.

Arbeitsmarkt

Horizontalbohrer
zum Ausbohren kleiner Motorzylinder und zur Bedienung
einer Sobelmaschine wird sofort eingestellt. Ausführliche
Offerten mit genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit an
Ermaun-Werke, Usherleben
West-Motorenfabrik.

Beamter gesucht.
Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Schönebeck a. D. C., sucht zum sofortigen Eintritt einen weiteren Beamten. Bedenliche Beschäftigung sowie akustische und organisatorische Fähigkeit wird verlangt. Der Bewerber muß mindestens 5 Jahre Mitglied unserer Organisation sein. Kollegen, welche sich für diesen Posten als befähigt halten, werden erucht, ihre Bewerbung bis spätestens Mittwoch den 7. Juli an den Bevollmächtigten Kollegen Franz Hartung, Schönebeck a. D. C., Steinstraße 23, einzureichen. 1544

Schiffbauer
für Holzarbeit sucht
Lindener Schiffswerft, G. m. b. H.
Linden 2 bei Hannover. 2796

tücht. Ungestellten
Wir suchen zum baldigen Eintritt einen
mit guter Handschrift und Fachkenntnissen. Nach Probe-
dienstliche Einstellung auf Dienstordnung (Klasse 4 bzw. 3).
Bewerbungen mit Lebenslauf sind eingureichen an die
Allgemeine Ortskrankenkasse Burg 6. W.

Wetterer erfahren. Werkzeugdreher
der sofort gesucht
H. Mundlos & Co., Magdeburg-Neustadt
Nähmaschinen-Fabrik. 1547

Niederndobeleben. Niederndobeleben.
Wir suchen für sofort einen
einen Bewerber wollen sich melden beim Genossen
Wilhelm Raufhold daselbst.
Berlag der „Volksstimme“.

Billige Angebote!

Weisse Blusen

- 29⁰⁰ Bluse mit rundem Ausschnitt und Abpfeilsphen garniert
- 39⁰⁰ Bluse weiss bestickt, Vastf-Aragen mit Hohlfaum
- 45⁰⁰ Bluse in verschiedenen Ausfuehrungen, Aragenform, mit Spitze garniert
- 49⁰⁰ Bluse aus gefaltetem Vastf, Minonform, mit Abfelverzierung
- 57⁰⁰ Bluse aus Wolle, viereriger Ausschnitt, reich mit Hohlfaum garniert

Farbige Blusen

- Bluse aus gestupftem Waschtstoff, runder Ausschnitt mit Knopfgarnitur 36⁰⁰
- Bluse aus hellgemusterten Stoffen, Minonform, mit Abfelverzierung 39⁰⁰
- Bluse mit spitzem Ausschnitt und Aragen, aus bunfelgebueten Stoffen 39⁰⁰
- Bluse aus naturfarbigem Leinen, Sportform, mit Hohlfaum 45⁰⁰
- Bluse aus dunklem Woll mit farbigen Tupfen 49⁰⁰

125⁰⁰

Waschkleider
aus weissemusterten Woll, in verschiedenen Modellen.

24⁵⁰
Blusen
in verschiedenen Ausfuehrungen.

Besonders billig!

Damen-Wäsche

Besonders billig!

- Untertailen aus gutem Semdentuch, mit breiter Spitze u. Hohlfaum garn. 12.50
- Untertailen aus feinem Semdentuch, mit breiter Stiderei garniert 16.50
- Untertailen aus extra gutem, feinfadigen Stoffen, mit breiter Stiderei und Einfas garniert 19.50
- Untertailen aus ganz besonders gutem Stoffen, reich garniert, mit eleganter Stiderei und Einfas 22.00

- Kniebeinkleider aus feinem Waschtstoff, mit gestickten Eden und ringsherum Saengerte 25.00
- Kniebeinkleider aus extra gutem Semdentuch, mit breiter Stiderei garniert 29.00
- Kniebeinkleider aus gut. Stoffen, mit schoner Stiderei und Einfasgen und Birtchen garniert 35.00

- Kniebeinkleider aus extra gut. feinfadig. Semdentuch, mit breit. Stiderei, Saengerten und Birtchen garniert 45.00
- Kniebeinkleider aus ganz besonders gutem Stoffen, mit eleg. Stiderei u. Einfas garn. 52.50
- Kniebeinkleider aus ganz besonders gutem Stoffen, reich garniert mit eleg. Stiderei und Einfas 75.00

- Reformhemden aus feinem Waschtstoff, mit handgestickt. Paffe u. Saengerten garn. 54.00
- Reformhemden Kumpf gestickt, oder mit Stiderei und Einfas garniert 62.00
- Reformhemden aus extra gut. Stoffen, mit Stiderei, Saengerten u. Hohlfaum garn. 73.00
- Reformhemden sehr elegant, Kumpf gestickt, aus ganz besonders gutem Stoffen 78.50

- Farbige Oberhemden mit Manschetten 125.00
- Weisse Oberhemden gute Stoffe 95.00
- Weisse Oberhemden mit Abf-Einfas 135.00

H. LUBLIN

- Schwarze baumwollene Damenstrumpfe 9.50
- Trikot-Schluphosen in vielen hellen und dunklen Farben 25.00

Günstiges Angebot!

Nur 3 Ausnahme-Tage

- Donnerstag den 1. Juli
- Freitag den 2. Juli
- Sonntabend den 3. Juli

Großer Preisnachlass auf alle Arten feine

Lederwaren wie Damen-Handtaschen usw., Reisetaschen, Reisetaschen und dergl. mehr.

L. V. H. Michel

en gros Lederwaren en détail
Kaiser-Wilhelm-Str. 14
Telephon 6023. 1648
Reparaturen.

Möbel

Modernisieren von Schlafzimmern, Küchen und Einzelmöbeln.
Anspolieren und Reparaturen billigt bei
Pelte, Kleine Schulstr. 6.

Wer streichen will

kauft alle Lacke, Farben, Pinsel etc. immer noch preiswert und gut bei 1626
Erwin Prange
Erstes Spezialgeschäft für alle Lacke, Farben, Le ms.
Hogeburg, Berliner Straße 29, Echloden. — Fernspr. 7302.

Müden-Plage
Schutzmittel gegen Müden und Stechfliegen
Hof-Apotheke
Breiteweg 158.

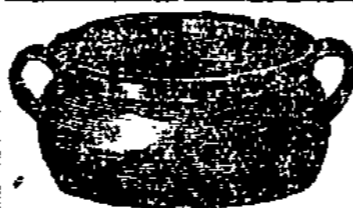
Perludin
die Perle der Schabpatzmittel.
Kurt de la Porte
Kontor und Lager
Berliner Str. 27. Tel. 5396.

Schreibmaschinen-
1573 Reparaturen
Verkauf - Miete - Ankauf
aller Büro-Hilfsmaschinen.
Ludwig Hase, Magdeburg
Schwibbogen = Tel. 2071.

Durch mein und meines Mannes immerwährendes Kranksein vor der Zeit müde geworden, habe ich mich entschlossen, meine
Fleischerei Verkaufsstelle Nr. 175
am 1. Juli 1920 Herrn Wih. Delorme zu übergeben in der Hoffnung, daß das Vertrauen, was ich in 33jähriger Tätigkeit bei meiner Kundenschaft genossen habe, sich auch auf meinen Nachfolger übertragen möchte.
Ergebend **Witwe Joh. Voigt.**
Am 1. Juli 1920 übernehme ich von Frau Witwe Joh. Voigt die
Fleischerei Verkaufsstelle Nr. 175
Sowohl ich den alten sowie den erst neu hinzutretenden Kunden verspreche, allen Wünschen gerecht zu werden, als auch hochachtungsvoll
1538
Telephon **Wih. Delorme**
Nr. 4038 **Magdeburg-Neustadt, Umfassungstr. 29.**

Rucksäcke
in grösster Auswahl

Hugo Nehab
150 Johannisbergstrasse 2.



Kochgeschirre
gute Ware, noch preiswert in großer Auswahl empfiehlt
Otto Janoschek, Große Sunterstraße 6a.
gegenüber dem Artushof. 1621

Rechtsbureau Referendar a. D.
Lebegott, Gr. Müngstr. 5, Fernsprecher 6685. Vert. fasser: des Rechtsbuchs, Die unglückliche Ehe, Ankauf und alle schriftlichen Arbeiten 1651

in Ehesachen
und allen andern Rechtsachen, besonders auch in Steuerachen. — Sprech. 10-1, 3-8, Sonntags 10-1 Uhr.
Empfehle Freitag früh frisch eintreffende 2623

Seefische!
Rotzungen, Kabeljau, Schellfisch, Seelachs, prima 1920er Salzheringe zu billigen Preisen.
Geestemünder Fischhalle,
Steinstraße 5. L. Kellner. Steinstraße 5.

Umzüge
Fuhrer oder Bot
Gebäudeübernehmung, ein- u. zweifach, Übernahme sofort
Blau-Radler, Schönebeckstr. 8
Telephon 5250 und 2475.
Schreibmaschine, Singer, Hundschiff, wie neu, 2. best. Gebes, Peter-Paul-Strasse 32, S. I. u.

Zöpfe

in großer Auswahl und allen Preislagen
Anfärben von Zöpfen

Gemhalowski

Breiteweg 208
Hallestraße Hauptpost

Kopfwäsche
Teerpräparate

Gebr. Weill billig zu verkaufen
Raumann, Frofer Str. 3, S. 11.

Uhren
verlangen gegen 75 Pfg. in Briefmarken den 52seitigen unentbehr. Gefährdewegweiser, Patentbureau Böhme, Halberstadt.

Uhren
werden sauber und preiswert repariert.
1623
Otto Müller, Uhrmacher, Alte Neustadt, Weinberg 48.

Billige Schuhwaren!
Neue Damen-Schnürhalbschuhe Gr. 38, Paar 80 Mt., Kinderhalbschuhe u. -schrürstiele, Gr. 29 bis 33, Paar 50 und 55 Mt., Gutes Leder. — Kein Laden, Jürgensen, Schrotestr. 8.

Richard Dörre
Tabakwaren-Großhandl.
Stettin, Poststr. 30
Wiederverkäufer, Gastwirte, Händler best. neue Preisliste, Bill. Bezugsquelle, gr. Auswahl, Großhandelsverandente.

Jetzt wieder geöffnet!

Sorgers Gelegenheitskauf
3 Jakobstraße 3 3 Jakobstraße 3
1517 Große Auswahl in Herren-, Damen-, Knaben- und Kinder-Anzügen sowie Hosen u. Arbeiter-Konfektion zu besonders günstigen Preisen.
3 Jakobstraße 3 Sorgers Gelegenheitskauf 3 Jakobstraße 3

Anfrichtspostkarten empfiehlt die Buchhandlung Wolfshütte

Hervorragendes Angebot!

- Besonders günstig für Wiederverkäufer!
- Mod. Photographierahmen 1²⁵ leicht beschäd., sehr preisw. 2.25 1.75 1.50
- Familien-Sammelrahmen 6⁵⁰ zum Ausfüllen . . . 12.50 10.50 8.50
- Büsten- und Blumenständer 35⁰⁰ ganz enorm billig . . . 45.00
- Bowlen-, Rauch-, Zierfische 19⁵⁰ in gebogener Ausführung, echt eiche, mit Klappplatte . . . 275.00
- Platt. f. Rauch-, Bowlentische 28⁰⁰ 1541 95.00 50.00
- Korbessel mit Wulst 95⁰⁰ sehr solide Ausführung . . .
- Große Auswahl gerahmter Bilder
- Billig! Oelgemälde Billig!
- Schwarzglas- und Marmor-Schreibzeuge sowie passende Garnituren 1511
- Figuren und Vasen in geschmackvoller Ausführung.
- Gebr. Weile**
Alte Ulrichstr. 3

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 152.

Magdeburg, Freitag den 2. Juli 1920.

31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. Juli 1920.

Ein Liebeswerk der „Feinde“.

Durch morgens frühe Straßen rollen Wagen mit großen, grauen Müßeln. Die Kriegszeit wird in uns wacherufen und der Gedanke an Sauerbraten und Mohrrüben Suppe läßt uns erschauern. Doch die Wagen bringen ihre Last nicht in die Ausgabestellen der früheren Kriegsküche, die Restaurants, sondern vor den Schulen machen sie halt. Zwei Müßel werden in den Hauseflur geschafft, einbeutel kommt dazu. Nicht lange dauert's, dann läutet es und nun beginnt in dem sonst stillen Saal ein buntes Getriebe. Die Klassenzimmer leeren sich, es ist Pause und zum Schulhof drängt sich das lärmende Volk der Schulkinder. Nicht alle, durch die plaudernde, lachende Schar drängen sich andre, die mit einer Schüssel oder schüsselähnlichem Gefäß und einem handfesten Löffel in der Hand die Treppen hinaufsteigen bis zum Boden. Mit ihnen wandern die Müßel und die Beutel hinauf.

Und oben offenbart sich die Herrlichkeit, in dem Müßel dampfender Milchreis, in dem Beutel goldbraune und innen schneeweiße Brötchen. Dann beginnt die Ausgabe des warmen Frühstücks. Ganz vorn an der dampfenden „Quelle“ sitzen die Kleinen. Schwächliche, blaße Knaben von 6 bis 7 Jahren. Vor sie wird der gefüllte Napf gestellt, ein Brötchen dazu und über den Reis gibt's eine braune Decke aus Zucker und Mafas. Und während die vordern bereits sich göttlich tun, stellen sich die größern zum „Essenfass“ an. Jeder bekommt eine Portion, ein älterer Mitschüler reicht jedem die Semmel und dann wird geschmaust. Etwa 100 Kinder erhalten in einer Schule Tag für Tag zu der geistigen diese reichliche leibliche Kost, die ihnen offensichtlich zusagt. Und so kann man jetzt durch die Schulen wandern, in den Vormittagsstunden wird man in ihnen zum bestimmten Zeitpunkt eine stattliche Zahl Kinder zusammen sehen, die ein solches warmes Frühstück einnehmen.

Es handelt sich bei dieser Speisung um das Liebeswerk der amerikanischen Religionsgemeinschaft der Quäker. Seit Anfang Mai genießen in Magdeburg über fünftausend Kinder die Segnungen des großzügig angelegten Hilfswerks. So froh und erfreulich das Bild der Speisung selbst wirkt, so interessant gestaltet sich ein Besuch der Küche, in denen die Speisen hergestellt werden.

Im Versorgungshaus am Wallomerberg hat die Gesellschaft ihre Küche eingerichtet. Hier wirkt Tag für Tag eine Schar Frauen und Mädchen, um in hingebender fleißiger Arbeit das Essen herzurichten. In dem Küchen Keller beginnt morgens früh um 4 Uhr die Arbeit. In fünf großen Kesseln, die je 500 Liter fassen, werden die Speisen gekocht. Mäßige Mengen von guten Nahrungsmitteln werden gebraucht, um die Menge von 5300 Portionen zu 1/2 Liter täglich herzustellen. Von der Quäker-Gesellschaft ist bis ins kleinste vorgegeschrieben, wieviel und welche Speisen hergestellt werden sollen. Die notwendigen Nahrungsmittel werden von den Zentrallagern der Gesellschaft, die von Amerika direkt geliefert werden, den einzelnen Städten zugesandt. Für die Stadt Magdeburg wird wöchentlich folgendes Quantum geliefert: 843 Kilogramm Schmalz, 615 Kilogramm Mehl, 902 Kilogramm Weizen für die Speisen und 1285 Kilogramm Mehl für die Brötchen, 143 Kilogramm Kaffee, 429 Kilogramm Zucker, 1816 Dosen gefüllte und 1309 Dosen un-

gefüllte Milch und zum Schluß noch je 429 Kilogramm Erbsen und Bohnen. Diese Mengen müssen wöchentlich den Kindern in Form von Speisen geliefert werden.

In dieser Woche wurden und werden die Herrlichkeiten zu folgenden Speiszeiten verhandelt: Montag: Milchreis, Dienstag: Schokoladensuppe mit Schmalzbraten, Mittwoch: süßsaure Bohnen, Donnerstag: Milchreis, Freitag: Erbsen, Sonnabend: Weichspeise.

Morgens um 8 Uhr beginnt die Ausgabe der Speisen an die einzelnen Schulen. Eine Anzahl Firmen haben zu diesem Zwecke kostenlos ihre Gespanne zur Verfügung und schaffen täglich die Müßel in die Schulen aller Stadtteile und tragen dadurch zum vollen Gelingen bei. Es wird von allen Helfern eine riesige Arbeit geleistet, um das Hilfswerk bestimmungsgemäß auszuführen. Entschädigung möge der Gedanke sein, daß es sich hier um ein großes Liebeswerk handelt. Festgestellt ist worden, daß ein großer Teil der gespeisten Kinder anscheinlich Geisteskranken zu nahmen zu verzeichnen hat. In den 8 Wochen der Speisung haben Kinder bis zu 12 Pfund zugenommen. Die Herstellung des Essens und seine Qualität sind die denkbar besten. Es ist nur zu hoffen, daß die Speisung auf möglichst alle Kinder ausgedehnt werden kann.

Allerdings ist die Gewähr noch nicht vorhanden. Jetzt wird während der Sommerferien die Speisung ausgesetzt, um sie dann bis zum April nächsten Jahres fortzuführen. Die hiesige Kommission ist bemüht, die Speisung im jetzigen Umfang weiterhin durchzuführen und sie, wenn möglich, auf ungeschickliche Kinder und schwangere Frauen auszudehnen. Das wäre eine erfreuliche Ausdehnung des Hilfswerks auf gleich bedürftige.

Wir sind arm geworden. Viel ärmer, als die breiten Schichten des Volkes ahnen. Während die papierernen Milliarden uns über unsere Not immer wieder hinwegtäuschen suchen, offenbart sich gerade bei diesem Hilfswerk der „Feinde“ unser ganzes Elend. Beobachtet man die Kinder bei diesen Speisungen, dann sieht man, wie Deutschlands Jugend leidet. Wir sehen ihr Leiden schon nicht mehr, wir hatten uns in den langen Kriegsjahren und in den entbehrungsreichen Wochen nach dem Zusammenbruch an das grauliche Bild einer unterernährten, körperlich zurückgebliebenen Jugend gewöhnt, statistische Zahlen, die das Elend darlegen sollten, ließen es doch nur ahnen.

Jetzt hat das Hilfswerk der Quäker uns das Elend wieder erkennen lassen. Wir sollten es nicht nur hinnehmen als einen freundschaftlichen Dienst, sondern wir sollten uns ihm mehr machen, ein Stück Anschauungsunterricht für die Lehre der Völkerverbrüderung und der Menschheitsliebe. Dabei kann man allerdings das Bittere nicht vergessen, daß es Menschen aus anderen Weltens waren, die unserer Jugend in ihrer großen Not halfen, während bei uns Agrarier und Wucherer die Kinder darben ließen, um der schönen Profits willen. Das Liebeswerk hätte nicht so fürchterliche Schäden in unserer Jugend verhindern können, wenn in den letzten Jahren bei unsern Besitzenden nur ein Teil der Menschheitsliebe gewaltet hätte, die jetzt die „Gemeinschaft der Freunde“ durch die Tat offenbart.

Den Kindern muß dieses Hilfswerk mehr werden als eine materielle Unterstützung. Ihnen sollte es eine Botschaft der neuen Zeit sein, in dem Krieg und Völkerverbrüderung kein Platz finden, Völkerverbrüderung und -gemeinschaft aber die Welt regieren. Diesen großen Gedanken können uns die amerikanischen „Feinde“ nicht leihen, den müssen Eltern und Lehrerschaft in die Kinderherzen pflanzen mit Liebe und Freundschaft. Das können wir trotz unserer Armut. —

Vom Zucker.

Das deutsche Volk muß noch immer den Mitleidstücken ständig enger schnallen, weil ihm die wichtigsten Nahrungsmittel nicht in ausreichender Menge geboten werden können und die dürftigen Nationen kaum aufrechtzuerhalten sind. Da muß es besonders frapierend wirken, wenn man in ausländischen Blättern liest, daß Nahrungsmittel, an denen bei uns der empfindliche Mangel herrscht, ausgeführt werden, und zwar anscheinend in nicht geringen Mengen. So wird uns von einem Leser der folgende Ausschnitt aus der „Neuhorters Staatszeitung“ übermittelt:

Große Zuckerladung aus Deutschland hier.

Dampfer „West Celina“ trifft mit 4800 Tonnen kristallisiertem Zucker aus Hamburg hier ein.

Der Dampfer „West Celina“ traf gestern mit 4800 Tonnen kristallisiertem Zucker als Ladung aus Hamburg im hiesigen Hafen ein.

Die Offiziere des Schiffes erzählten, daß infolge eines Streikes der Hafenarbeiter in Hamburg der Dampfer außerstande gewesen sei, die ganze Ladung von 8000 Tonnen an Bord zu nehmen.

8000 Tonnen sind 12 000 Zentner oder 12 Millionen Pfund, das ist schon ein schönes Quantum, mit dem einem beträchtlichen Teile des deutschen Volkes das bittere Dasein ein wenig „versüßt“ werden könnte. Aber jedenfalls beschränkt sich die Ausfuhr gar nicht einmal auf diesen einzigen Posten, von dem man nur zufällig Kenntnis erhält. Es muß also doch in Deutschland noch mehr Zucker geben, als man immer hört. Man verteilt unzulängliche Nationen, der so notwendige Einmachezucker wird überhaupt nicht ausgegeben, weil es angeblich an Zucker mangelt, aber auf der andern Seite sehen wir, daß Zucker in anscheinlichen Mengen ins Ausland ausgeführt wird. Bevor man wichtige Nahrungsmittel über die Grenzen läßt, sollte man doch das eigene Volk wenigstens einigermaßen besser versorgen.

Hierbei sei auch noch folgendes mitgeteilt: Wir erhielten vom Betriebsrat einer hiesigen großen Zucker- und Umischungsstelle die Mitteilung, daß dort eine große Menge Zucker aufgestapelt sei: angeblich 80 000 Zentner. Etwa die Hälfte dieser riesigen Menge sei einer hiesigen großen Marmeladefabrik zugewiesen worden.

Wir zogen Erkundigungen über diese Angelegenheit bei lokalen Stellen der Lebensmittelversorgung ein, fragten insbesondere, ob die Zuweisung an die Marmeladefabrik tatsächlich stattgefunden habe, für welchen Versorgungsbezirk der Zucker bestimmt sei. Die hiesige Stelle erklärte, keine Auskunft geben zu können. Irgendeine Stelle wird hoffentlich wissen, zu welchem Zwecke der Zucker bestimmt ist. Vielleicht taucht ein Teil im Schleichhandel auf, das Pfund zu 18 Mark.

Wir haben keinen Grund, die Zuweisung an die Marmeladefabrik anzuzweifeln. Wenn Marmeladefabriken durch die öffentlichen Verteilungsstellen mit Zucker versorgt werden, dann müßten Behörden auch einen Einfluß haben auf die Verteilung der Marmelade. Das ist aber nicht der Fall. Der Handel mit

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Zulken. Nachdruck verboten.

(13. Fortsetzung.)

10. Kapitel.

Auf der Flucht vor der Invasion.

Der Zug fuhr sehr langsam und hielt oft mitten im freien Feld. Überall sah man Soldaten, verstaubt und übermüdet. Sie sahen ernst und zeigten keine Spur von Soldatenlustigkeit, die sonst auch im Krieg ihr Recht behält. Auch englischen Truppen begegnete man, sauber in ihren Uniformen, robuste, blonde Menschen, glattrasiert, die kurze Pfeife im Munde. Im auffälligen Gegensatz zu den französischen Truppen, deren sie lustig und zu guten Streichen ansetzte. Sie schienen den Krieg als Sport zu betrachten, während den Franzosen die Niederlage und die feindliche Invasion in den Gliedern lag.

Der Bahnstreifen entlang, etwa alle 500 Meter, standen französische Landwehrlente Schilddiener. Wilhelm mußte unwillkürlich an die französische Revolutionsarmee denken, als er sie sah. Viele hatten als Unterstützung nur eine kleine alten Ledertasche und eine Armbrust, die ihren militärischen Grad bezeichnete, trugen im übrigen ihre Zivilkleider. Manche hatten außerdem noch ein Koppel, manche den Waffenrock; eine kleine Anzahl war allein vollständig ausgerüstet.

An einem Bahnübergang sah Wilhelm einen dieser mobilsten Bauern, die nackten Füße in Holzschuhen stehend, in geflickter Hose und abgemulter Jacke, eine fettige Wike auf dem sonnenverbrannten Schädel. Der Gewehrriemen war durch eine dicke Schnur ersetzt.

Diese Leute, die der Krieg plötzlich vom Acker und der Werkstatt gerissen hat, sahen trotz ihrer grotesken Ausrüstung wirklich kriegerisch aus. Das lag in ihrer Haltung, in ihrem Gesichtsausdruck und in dem knochigen, sehnigen Körperbau.

Wilhelm konnte sich nicht enthalten, Vergleiche anzustellen. Es war ihm ganz undenkbar, daß ein solcher Mangel an Ausrüstung und Bewaffnung in Deutschland möglich sei.

Wie ist es möglich, fragte er sich immer wieder, daß Frankreich, das 1870 infolge der Inferiorität seiner Heeresrüstung unterlegen ist, das seitdem jährlich Milliarden ausgegeben hat, um der deutschen Armee eine wenn nicht stärkere, so doch ebenbürtige Armee gegenüberzustellen, heute wie 1870 vollständig unvorbereitet zu sein scheint?

Je mehr sie sich von der Hauptstadt entfernten, desto häufiger fragten diese Landwehrlente nach Zeitungen. Alle klagten, daß sie nicht wüßten, was eigentlich vorginge.

Zugleich verhielt sich jedoch auch die ängstliche Gatt der Reisenden, bis schließlich eine sorglose Gekitzeltheit um sich griff, wie bei Schulkindern, die der Strafe des Nachsitzens entronnen, sich der wiedergewonnenen Freiheit freuen.

Schwer lag die Hitze auf den ungenügend gelüfteten Wagen. Die kleinen Kinder schrien, die Mütter seufzten und jammernten, während die übrigen Reisenden scherzten und allerlei Schabernack trieben. Der Feind war weit, und man fuhr ins Unbekannte. Das Ganze schien ein Abenteuer, von dem man noch oft erzählen würde.

Die phantastischen Gerüchte schwirten umher. Eine ältere Frau, die mit ihrer Tochter nach der Schweiz fuhr, erzählte unter dem Siegel der Verschwiegenheit, daß ein

befreundeter Generalstabsoffizier ihr mitgeteilt habe, der Wald von Compiègne sei in Brand gesteckt worden, um das Nachrücken der Deutschen zu verhindern.

Eine andre Frau erzählte, daß ihr Bruder, als Posten bei einem Fort von Versailles, drei verdächtige Personen aufgegriffen, daß man diese verhört und ohne weiteres als deutsche Spione erschossen und auf der Stelle begraben habe.

Derartige Geschichten von deutschen Spionen, eine grau- figer als die andre, zirkulierten überall.

Ein bejahrter Herr, der den Feldzug von 1870 mitgemacht hatte und sich auf seine strategischen Kenntnisse nicht wenig zugetraute, zeigte den Zuhörern auseinander, daß der Rückzug der französischen Armee ein von vornherein abgekartetes Manöver sei, um die deutsche Armee nach Frankreich hereinzuladen und ihr dann vom Norden durch eine plötzlich an der belgischen Küste eingeschifft englisch-russische Armee den Rückzug abzuschnellen.

„Jetzt ist die deutsche Armee wie in einem Sack mit eingeschlossen“, sagte er. „Nicht ein Mann wird entkommen. Und wenn die Deutschen auf Paris zu marschieren, so tun sie das in der Hoffnung, sich da verproviantieren zu können, denn die Lebensmittel und die Munition beginnen ihnen auszugehen. Je mehr sie sich von Deutschland entfernen, desto schwerer können sie sich verproviantieren. Und die französische Armee hat natürlich ehe sie sich zurückzog, reinen Tisch gemacht und nichts zurückgelassen.“

„Aber“, fügte ein anderer hinzu, „nd die Deutschen gezwungen zu kapitulieren, aus Mangel an Lebensmitteln, Munition und Geld. Deutschland, müssen Sie wissen, ist wie eine große Fabrik, die alle ihre Lebensmittel Rohmaterialien und Kapitalien von außen erhält. Jetzt ist Deutschland blockiert. Es handelt sich nur darum, ihm drei Monate zu widerstehen?“

Darüber waren alle einig: Wenn Frankreich der deutschen Armee drei Monate lang widerstände, wäre Deutschland verloren. Denn bis dahin würde die russische Armee in Berlin sein, die Deutschen dadurch gezwungen sein, ihre Armee aus Frankreich zurückzuziehen, um sich gegen die Russen zu wenden, die französische Armee würde die Deutschen verfolgen und den Ästufen am Rheine die Hand reichen. Jedenfalls war man überzeugt, daß der Krieg nicht länger als drei Monate dauern würde, höchstens vier, und hoffte im übrigen auf ein außerordentliches Ereignis, um ihn zugunsten Frankreichs zu beendigen.

Gegen 7 Uhr abends kam der Zug in Tours an; er hatte dreimal solange als die gewöhnliche Fahrtdauer gebraucht. Alle waren hungrig und müde geschüttelt.

Der Polizist wollte Wilhelm und seine Familie in das Bahnhofskaffeehaus führen, ließ jedoch auf einen Wachtposten, der niemand hinein ließ. Vergebens wies der Polizist seine Reagitation vor. Der Wachtposten hatte strikten Befehl, nur Offiziere einzulassen. Schließlich verließen sie wie die übrigen Reisenden den Bahnhof und suchten ein Gasthaus. Sie fanden endlich eins, das bereits von Reisenden überfüllt war und wo sie nach langem Warten zu essen bekamen.

Die breiten Straßen um den Bahnhof lagen im Dunkeln, und doch wimmelten sie von Menschen, die entweder nach der Stadt hielten, um für die Nacht ein Quartier zu finden, oder den Aufenthalt benutzten, um sich Bewegung zu machen.

Auch die Frau, die mit Wilhelm und seiner Frau gefahren war, in Tours ausgestiegen, wo sie entfernte Verwandte hatte, um bei ihnen zu übernachten und den nächsten

Tag zu ihren Eltern zu fahren, die in der Nähe von Tours wohnten.

Nach eingemommener Mahlzeit eilte alles wieder dem Bahnhof zu, dem nächsten Zug nicht zu versäumen. Doch niemand, auch das Bahnpersonal nicht, wußte, wann der nächste Zug nach Bordeaux abfahren würde. Fragte man die überarbeiteten Bediensteten, so eilten sie entweder, ohne zu antworten, weiter oder sie gaben kurze, ausweichende Antworten: „Ich weiß nicht.“ — Das hängt davon ab.“

Soldaten standen in Gruppen oder gingen müdig auf und ab. Militärisches Sanitätspersonal, begleitet von Damen vom Roten Kreuz, eilten geschäftig hin und her. Die Flüchtlinge sahen müde auf ihren Köpfen und Bündeln. Einige waren eingeschlafen, mitten im Lärm der rollenden und pfeifenden Züge, der in der weiten Halle verstärkt widerhallte.

Verwundete Soldaten, einen Arm in der Binde oder mit verbundenem Kopfe, verstaubt und übermüdet, aus deren Gesichtsausdruck nur mehr eine völlige tierische Erschöpfung sprach, waren von neugierig fragenden umringt. Doch die Frager kamen kaum auf ihre Kosten. Mit tonloser Stimme gaben die Soldaten kurze Antworten auf die Fragen, die auf sie einströmten. Sie waren da und dort verwundet worden, ohne zu wissen wie und meist, ohne die deutschen Truppen gesehen zu haben.

„Und wie sehen sie aus?“

„Na, wie wir auch.“

Ein verwundertes Schweigen.

„Man sagt, daß sie die Verwundeten töten . . .?“

„Nein? . . . Kann schon sein; ich weiß es nicht.“

Ein älterer Herr, begleitet von einem etwa zwölfwährigen Mädchen, keine Tochter wahrscheinlich, rief aus: „Man müßte sie alle umbringen: kein Frieden, bevor sie ihre Schandtaten nicht teuer bezahlt haben. Solange Deutschland von der Landkarte nicht verschwunden, ist ein Frieden nicht möglich!“

Man hörte ihn schweigend zu oder ließ bekräftigende Ausrufe hören. Darauf entspann sich eine Diskussion über die Frage, was mit Deutschland geschehen müsse und wie Oesterreich-Ungarn aufzuteilen sei.

Plötzlich ging eine Bewegung durch die Menge, von den Wartefallen ausgehend und durch den weiten Bahnhof wie eine rollende Woge laufend. Man machte Platz und drängte sich herzu.

Aus einem der Wartefallen kamen Sanitätskrieger, die auf Wahren Verwundete zu einem Zuge trugen. Man hatte die Verwundeten mit ihren Mänteln oder mit weißen Tüchern zugedeckt. Viele jubalturne Offiziere waren darunter. Weich, mit feberglähenden Augen, lagen sie auf den Bahnen, die mit großer Voracht getragen wurden. Ein junger Hauptmann, den rechten Arm in der Binde, rauchte unablässig seine Zigarette, über die Schmerzen hinwegtäuschend. Die Menge stand ehrfürchtig und mitteilichauernd, enthielt Hauptes.

Ein Quabe wurde mit besonderer Sorgfalt getragen. Der Verband, der seinen Unterkörper umwickelte, ließ eine schreckliche Wunde ahnen. Er lag regungslos, mit geschlossenen Augen. Aus dem wächsernen Gesicht schien das Leben bereits entschwunden zu sein.

Langsam, wie ein Markler, ging der Transport fort. Wilhelm stand neben dem Herrn, der eben noch kriegerische Neben gehalten, als er ihn hörte, wie er zu seiner Tochter mit leiser Stimme, in der das Entsetzen widerhallte, sagte: „Stehst Du, das ist der Krieg.“ (Fortsetzung folgt.)

Marmelade ist frei, Vorschriften gibt es nicht, mit der Ware kann gewirtschaftet werden, wie es dem Fabrikanten beliebt. Die Verbraucher haben es bitter erfahren müssen.

Das „Volk“ im Gerichtsaal.

Am Mittwoch verhandelte das hiesige Schwurgericht gegen die Ehefrau Emma Weimann, die am 3. Dezember 1919 ihre 11-jährige Tochter durch Erhängen und Würgen getötet hat. Eine schreckliche Tat, das eigne Kind zu töten, darüber besteht kein Zweifel, aber für menschlich denkende Menschen regiert es sich, nicht nur die Tat zu sehen, sondern auch den Menschen, der sie ausführte. Seine geistige und seelische Verfassung, die innern und äußern Umstände, die seine Tat förderten. Hier wurde die Schreckensstat ausgeführt von einer körperlich schwachen hochgradig nervösen Frau, die bei der Vernehmung häufig in heimgelohes Weinen ausbricht. Sie wird von vielen Seiten als sorgsame Mutter und fleißige Ehefrau geschildert. Nach dem ärztlichen Gutachten hat die Frau viel Krankheiten durchgemacht, die sehr schmerzhafte Operationen nötig machten. Sie ist körperlich und geistig gerüttelt, die sittlichen Hemmungen, die im gefunden Menschen wirken, waren zu schwach, verborgene Instinkte brachen hervor und führten zur grausamen Tat. Sie forderte zwei Opfer: ein unschuldiges Kind, eine krankhafte Frau. Es gab am Mittwoch viele Menschen, die aus dieser Tragödie ein Schauspiel zu machen gedachten, für die es eine „Unterhaltung“ war, wie ein zertrübtes Menschenkind in seelischen Qualen leiden mußte.

Es war ein ungeheurer Andrang von Schauspielern, die Zeuge sein wollten, wie die Gerechtigkeit arbeitete. Sie haben sich alle eine ebenso gute Unterhaltung versprochen wie im Theater oder Zirkus. Schon vor 8 Uhr morgens standen die Gemütsmenschen an. Sie haben sogar einige Stunden Nachruhe geopfert, um ja dabei zu sein. Als die Karten herausgegeben waren, wollten besonders stark Interessierte mit Gewalt ins Gebäude dringen. Die Sicherheitspolizei mußte eingreifen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Es gibt also Gemütsmenschen in großer Zahl; an diesem deutschen Wahn wird sicher die Welt gemessen.

Aus der Vernehmung der Angeklagten ging hervor, daß die Angeklagte eine frühe Jugend hinter sich hat. In einer arbeitsreichen Ehe schenkte sie neun Kindern das Leben und wurde von vielen Krankheiten heimgesucht. Sie legte ein volles Geschändnis ab. Sie gibt zu, das Kind im Born mit einem Bindfaden am Türdrücker erhängt zu haben. Das Kind hätte nicht schreien können, da sie den Bindfaden fest zugezogen hätte. Als das Kind hing, hätte es ihr wieder leid getan und sie hätte ihre noch lebendigen Kinder von sich gebende Tochter losgerissen und wieder ins Bett gelegt. Sie hätte geglaubt, das Kind würde sich wieder erholen. Sie habe sich zu ihm ins Bett gelegt, und erst am andern Morgen nach ihrem Aufstehen, als das Kind auf ihr Rücken nicht antwortete, bemerkt, daß es tot sei. Kälte habe oft gedroht, etwas dem Vater und allen Deuten zu erzählen, daß sie (die Mutter) einmal mit dem Hauswirt, der mit Frau Weimann ein Verhältnis unterhielt, lechtätig habe. Sie könne sich jedoch nicht erklären, wie sie es fertiggebracht habe, die Tat zu vollbringen. Rebe Heberlegung habe ihr geschickt. Sie könne ihr Handeln selbst nicht berichten.

Zur Beweisaufnahme waren eine große Anzahl von Zeugen und vier ärztliche Sachverständige geladen worden. Kriminalkommissar Schulte, der die ersten Ermittlungen in dem Straffall geführt, schilderte, wie er die Angeklagte überführte, den Tod ihrer Tochter verschuldet zu haben. Medizinalrat Dr. Kiefersteiner begutachtete, daß das Kind zuerst gewürgt worden sei. Beim Erhängen könne es nur noch schwach gelehrt haben. Die Angeklagte bezeichnete er als stark an Nervenschwäche leidend. Es sei anzunehmen, daß es ihr bei Ausübung der Tat an klarer Heberlegung gefehlt habe. Oberarzt Dr. Schröder (Nachspringe), der die Angeklagte April und Mai in der Landesirrenanstalt beobachtet hat, erklärt die Angeklagte infolge hochgradiger Neuraasthenie für erheblich geistig minderwertig. Ein Zustand der Bewußtlosigkeit sei jedoch bei Begangung der Tat ausgeschlossen gewesen. Das beweise ihr gutes Erinnerungsbild an die Einzelheiten der Tat.

Die Geschwornen verneinten die Schuldfrage nach Mord und bejahten unter Zustimmung mildernder Umstände die Schuldfrage nach Totschlag. Dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend erlachte der Gerichtshof auf eine Gefängnisstrafe von drei Jahren unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft.

Das Gericht hat gesprochen, die Tat hat durch Menschen eine Sühne gefunden. Die Zuschauer verließen das Haus und diskutierten über das Urteil, wie man eine Schaustellung bestreift. Daß unglückliche Einflüsse, eine Kette von Not, Elend und bösen Erlebnissen die Frau zermürbt hatten, daß sie auch eine Glende und Unglückliche ist, daran wird kaum einer oder eine gedacht haben.

Zur Abstimmung am 11. Juli.

Für eine kurze Spanne Zeit noch, und abermals gilt es, eine Schlacht zu schlagen. Der 11. Juli, der Tag der Abstimmung in den besetzten Gebieten Ost- und Westpreußens, soll darüber entscheiden, ob deutsches Land deutsch bleiben oder ob unsere Brüder und Schwestern sich unter das Joch des polnischen Adlers heugen sollen. Und so werden Hunderttausende von Abstimmungsberechtigten aus allen Teilen unsers Vaterlandes herbeieilen, um mit dem Stimmzettel in der Hand deutsche Erde zu verteidigen, hierdurch den Beweis erbringend, daß noch deutsche Treue zu finden ist in unsern Ländern. Unsere Brüder und Schwestern dürfen können, auf sich allein gestellt, den Kampf nicht zum siegreichen Ende führen; aber sie wehren sich mit Selbstopferung gegen polnische Drangsal. Erscheint am 11. Juli auf dem Kampffeld, ihr alle, deren Wiege im fernem Osten gestanden! Selbst! Der eigne Vorteil schon gebietet es, mit allen nur verfügbaren Mitteln dahin zu wirken, daß der Osten deutsch bleibt.

Weiße Strecken derjenigen Kreise, über deren Schicksal am 11. Juli der Stimmzettel entscheiden soll, stellen ein unentbehrliches Glied des deutschen Wirtschaftskörpers dar, gehören zu den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugungsgeländen. Westpreußen allein liefert im Wirtschaftsjahr 1917/18 33 Millionen Zentner Kartoffeln ab, 4 Millionen Schindeln und gegen 700 000 Schweine. Ohne die deutsche Ostmark wird die Frage der Ernährung unsers Volkes eine Frage schier unlösbarer Schwierigkeiten sein. Die Lehre von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Wilson mit pathetischen Worten der Welt verkündete, wird, soweit die in der Abstimmungsgesetz liegenden Teile Ost- und Westpreußens in Frage kommen, zu einer reinen Phrasen. Ueber deutsches Land, bis zu 97 Prozent von Deutschen bewohnt, soll auf dem Wege der Abstimmung entschieden werden, wohin seine Bewohner in Zukunft gehören sollen, dorthin, wo seit Jahrhunderten die harten Wurzeln ihrer Kraft liegen oder zu dem fremden Eindringling, dessen Sprache und Wesensart kein Band der Gemeinsamkeit mit der angestammten Bevölkerung bilden können. Angefichts dieser Tatsache muß ein Wille uns alle befehlen, muß alles Fremden von hant wegweisen.

Wer nicht dazu berechtigt ist, mit dem Stimmzettel in der Hand zur Tat schreiten zu dürfen, der säume nicht, ein Scherflein zu geben für diesen Zweck, der ja jenseits steht aller Weltanschauung, entrückt der Parteien Haß und Streit, der uns auf gemeinsamen Boden stellt, uns ein in der Liebe zum Vaterland. Schon vor der Erhebung der Eisenbahntarife waren die Kosten für die Abstimmung auf 180 Millionen veranschlagt. Hieraus ist zu ersehen, wie groß die Summe sein muß, deren man bedarf, damit das Werk zu einer deutschen Tat zu werden vermag. Alle Banken und Expeditionen nehmen Geben für diesen Zweck entgegen.

Und nun zum Schluß noch ganz besonders ein kurzes Wort an alle diejenigen, welche ihre Heimatliebe gründen können, so oft ihr Sehnen sie dort hin treibt. Sie können nicht ermeifen, welche Gefühle den unfröhlichen, den das Schicksal abseits gestellt hat von der Scholle, die seine Jugend sah, und der nun, wenn nicht alle ihre Schuldigkeit tun, der Gefahr entgegensehen muß, seine Heimat zu verlieren. Selbst, ihr Freunde, damit an ihnen nicht die Worte des Dichters sich erfüllen:

Wenn ich den Wanderer frage:
Was quält dich sehr?
Was kann nicht nach Hause,
Hab keine Heimat mehr!

Ost. Friß, Magdeburg.

Die Zeitungsträgerinnen streiken. Die Austrägerinnen sämtlicher Magdeburger Zeitungen sind in den Ausstand getreten. Ihre Forderung ist 1 Mark pro Abonnent und Monat Austrägerlohn. Verhandlungen sind im Gange.

Zum Streik der Kupferschmiede. Unser Streik schreit sich zur Nachprobe auszubilden. Mit welchem Mittel die Unternehmer arbeiten, beweisen die schwarzen Listen, die wohl schon in ganz Deutschland umherfliegen. Auch sagen sie die Unwahrheit in der Öffentlichkeit, indem sie uns Tarifbruch vorwerfen. Der Sachverhalt ist folgender: In unserm Tarif besteht der Passus, daß, wenn Tarifverträge neue Lohnforderungen gestellt werden können. Bezugnehmend darauf haben wir zum 15. Mai neue Forderungen gestellt. In der Verhandlung am 3. Juni konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da die Unternehmer sich auf den Standpunkt stellten, erst den Tarifabschluß in der Metallindustrie abzuwarten (welcher bis heute noch nicht abgeschlossen ist), und dann wollten sie mit uns verhandeln. Mit diesem Vorschlag waren unsre Kollegen nicht einverstanden, da das eine Verschleppung ist, was selbst der Vorsitzende der Arbeitgeber zugab. Es wurde erst ein Schreiben am 8. Juni abgeschickt, worauf bis heute keine Antwort erfolgt ist. Daraufhin wurde am 18. Juni in den Streik getreten. Die Firma Wöller & Schulte zeichnet sich besonders aus, indem sie Arbeiter anderer Betriebe zur Streitarbeit heranziehen wollte. Aus Solidaritätsgefühl lehnten die Arbeiter aber diesen Dienst ab, wofür wir ihnen dankbar sind.

Schiedsprüche für das Stellmachergewerbe und gleichzeitig für die Schmiede in den Wagenfabriken Magdeburgs wurden am Mittwoch vom hiesigen Schlichtungsausschuß folgendermaßen gefällt: Für Stellmacher bei der Innung beschäftigt werden sich die Mindestlöhne auf Mark 4,50, die Durchschnittslöhne auf Mark 4,75. Für Gesellen unter 19 Jahren beträgt der Lohn Mark 3,75. In den Wagenfabriken betragen die Löhne für Stellmacher und Schmiede Mark 4,75 bis Mark 5,00 und Mark 4,20 unter 20 Jahren. Diese Bestimmungen sollten ab 1. Juli d. J. Gültigkeit haben, jedoch der Vertreter der Wagenfabriken gab schon in der Sitzung die Erklärung ab, daß diese den Schiedspruch ablehnen. Die Stellmacher werden nur am Montag, abends 4 1/2 Uhr, bei Koppeschl zu der Verhandlung Stellung nehmen und dann sofort die Rechtsverbindlichkeit beantragen.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Wasser- und Lichtgeld wird zur Miete gerechnet. Zur Behebung von Zweifeln wird vom Mietvereinigungsamt darauf hingewiesen, daß gemäß § 8 Absatz 2 und 3 der Höchstmietverordnung vom 9. Dezember 1919 als Mietzins auch jede geleistete Leistung des Mieters an den Vermieter gilt, insbesondere die Übernahme derjenigen Reparaturkosten durch den Mieter, die nach § 336 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Vermieter zu tragen hat. Die Höhe der geleisteten Leistungen legt im Streitfall endgültig das Einigungsamt fest. Entgegenstehende Vereinbarungen sind unwirksam. Hieraus folgt, daß alle Nebenleistungen wie Wassergeld, Lichtgeld, Grundsteuer und Kanalgebühren grundsätzlich in den Mietzins einzurechnen sind. Eine Ausnahme besteht nur hinsichtlich der beiden letzteren öffentlich-rechtlichen Abgaben insofern, als dieselben unter den Voraussetzungen des § 10 der Höchstmietverordnung durch das Mietvereinigungsamt gesondert auf die Mieter umgelegt werden können. Bezüglich des Lichtgeldes geht die Praxis des hiesigen Mietvereinigungsamts dahin, daß dasselbe neben dem Mietzins in Rechnung gestellt werden kann, sofern dies auch schon früher nach dem Vertrag geschah.

Der Herr Oberpräsident als sozialdemokratischer Wahlkommissar. Unter obiger Überschrift wurde in der „Magedburger Zeitung“ Nr. 399 vom 30. Juni eine Notiz der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner veröffentlicht, die die „christliche“ die Tatsachen verdrängt. Im Hauptwahlvorstand des Hauptbetriebsrats, in dem auch ein Vertreter der christlichen Organisation Sitz und Stimme hatte, ist einmütig der Beschluß gefaßt, eine gemeinsame Liste für Arbeiter und Angestellte aufzustellen. In diesem Sinn enthält die Liste der freien Gewerkschaften und auch die Liste der christlichen Organisation gemeinsamen Arbeiter und Angestellte. Zu dem Schreiben des Oberpräsidenten wird nichts anderes behauptet. Es wird nicht behauptet, daß der Wahlvorstand eine gemeinsame Liste aufgestellt hat, dazu hat dieser keine Berechtigung.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Amerikanische Milchkuhe für Deutschland. Die Deutsch-amerikaner wollen, um Deutschlands Milchversorgung zu verbessern, Deutschland 100 000 Milchkuhe schenken. Die deutsch-amerikanischen Farmer haben einen Antrag erlassen, in dem sie ihre Gefinnungsfreunde um die Schenkung einiger Milchkuhe für Deutschland ersuchen.

Neue Gebühren für Hebammen sind vom Regierungspräsidenten für den Umfang des Regierungsbezirks Magdeburg festgelegt worden und bereits in Kraft getreten. Danach beträgt die Gebühr für den Beistand einer regelmäßigen Geburt für die Dauer bis zu 12 Stunden 25 bis 60 Mark, für jede folgende Stunde 2,50 bis 5 Mark. Werden auf Verlangen der Entbundenen oder ihrer Angehörigen weniger als acht Wochenbesuche gemacht, so erhöht sich der Mindestsatz für den Beistand einer Geburt auf 40 Mark. Für den Beistand bei einer Zwillinggeburt, einer regelwidrigen oder sonstigen komplizierten Geburt erhöht sich der Anfangssatz auf 30 bis 70 Mark. Die ausführenden Bestimmungen der neuen Gebührenordnung sind aus dem Amtsblatt der Regierung Nr. 20 vom 22. Mai 1920 ersichtlich.

Keinen falschen Platz einnehmen. Die Eisenbahndirektion gibt bekannt: Demnach wird die Eisenbahndirektion Magdeburg auf der Bahnhöfen ihres Bezirks einen Ausbaur anbringen lassen, durch welchen darauf hingewiesen wird, daß Reisende, welche eigenmächtig in einer höhern Wagenklasse Platz nehmen oder einen höher tarifierten Zug benutzen, als ihnen nach ihren Fahrkarten zusteht, oder ohne gültige Fahrkarte im Zuge betroffen werden, gemäß § 16 Ziffer 2 der Eisenbahnverkehrsordnung den doppelten Fahrpreis, mindestens aber den Betrag von 20 Mark zu zahlen haben. In dem Ausbaur wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß Bahnsteigkarten nicht zum auch vorübergehenden Platznehmen in den Zügen berechtigen. Wer auch ohne die Absicht mitzureisen Platz nimmt, hat den Betrag von 20 Mark zu zahlen. Von dieser Bestimmung wird rückwärts Gebrauch gemacht werden.

Die Reihenfolge der Ferngespräche. Auf Grund der Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechnetzordnung werden die Gesprächsverbindungen für den Fernsprechnetz in der nachstehenden Reihenfolge hergestellt: 1. dringende Gespräche in reinen Staatsangelegenheiten (dringende Staatsgespräche), 2. dringende Pressegespräche, 3. dringende Gespräche, 4. nichtdringende Gespräche. Dringende Staatsgespräche dürfen nur von Anschließern der Reichs- und Staatsbehörden angemeldet werden. Dringende Pressegespräche dürfen zwischen Anschließern von Zeitungen, Zeitungs- und Nachrichtenbüros geführt werden. Die Einheitsdauer eines Ferngesprächs beträgt 3 Minuten, die Ausdehnung auf 6 Minuten ist stets zulässig. Ueber 6 Minuten hinaus darf ein Gespräch ausgedehnt werden, wenn keine andre Gesprächsanmeldung vorliegt.

Alle abstimmungsberechtigten Westpreußen, auch wer sie nicht im Besitz eines Wahlausweises sind, müssen sich ihren Wahrschein bei der Arbeitsgemeinschaft für Volksabstimmung, Sped. Nr. 12, umgehend abholen, da der Sonderzug am 5. Juli 1920 fährt.

Gestohlen wurden aus einem Schaufenster in der Alten Ulrichstraße nach Zerstückelung der Scheibe zwei Paare schwarze Herren-Vogel-Schürmühen, davon ein Paar mit Knöpfen, Größe 40 und 42, und ein Paar braune Herren-Schürmühen, Größe 40; aus Werkstätten in der Neuhaldensleber Straße und der Speckstraße Treibriemen in Breiten von 5, 8, 10, 11 und 13 Zentimeter; von einem Trockenboden in der Heydenstraße weiße Bett- und Leibwäsche verschiedener Art sowie bunte Schürzen und blauweiße gestreifte Herrenhemden; aus einem Schuhhaus an der Alten Elbe Scheiben- und Hebergardinen, eine blaugemusterte Tischdecke, Handtücher (ges. R. O. G.) und einige Kleiderkonat; aus einer Wohnung in der Halberstädter Straße weiße Damast-Bettwäsche, Tafeltücher und Servietten (ges. L. G.); aus einem Geschäft am Breiten Wege eine Umhängebürste mit Goldrand in Lederarmband; aus einer Wohnung in der Tischlerkugstraße ein schwarzer Gehrockanzug; aus einer Wohnkammer in der Schornhorststraße zwei rotbraune Reisetaschen; Fahrrad, Triumph Nr. 248346 mit schwarzen Felgen, „Rozim“ mit gelbem Rahmen und gelben Felgen.

Eine große Anzahl von Diebstählen an Kleinvieh verübten in letzter Zeit in untrer westlichen Umgebung die festgenommenen polnischen Arbeiter Ludwig Dljewski und Wladislaus Murawski, hier, Bergstraße wohnhaft.

Wegen vorfälliger Brandstiftung und eines Erpressungsversuchs gegen den eigenen Vater hatte sich der 21-jährige beruflose H. U. aus Guttenberg vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte ein volles Geschäft abgelegt und zeigte aufrechter Mute über seine verwerfliche Tat. Nach dem ärztlichen Gutachten scheint eine fortschreitende psychopathische Erkrankung die Ursache der Verbrechen zu sein. Der Streich hat, wie in so vielen andern Fällen, auch bei diesem jungen Menschen die sittlichen Begriffe verwirrt. Die Geschwornen billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu, und sahen von einer Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ab. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren.

Entlarvter Schwindler. Als Schwindler entlarvt wurde der wohnungslose Kaufmann Bruno Reichel aus Bernsdorf, der von einem hiesigen Hotel aus bei einem Hamburger Kaufmann einen größeren Posten Reis bestellt. In dem Bestellschreiben erkannte der Hamburger dieselbe Person, die vor kurzer Zeit von Halberstadt aus unter anderem Namen ebenfalls Reis bestellt und ohne Bezahlung an sich gebracht hatte. Reichel, der außerdem wegen anderer Straftaten hiebertieflich gesucht wurde, ist festgenommen.

Unfall. Die 14-jährige Rosa M. fiel in dem Hause Fahlshörsen 20 von der Treppe und erlitt dabei schwere Verletzungen am Kopfe. Die Schwerverletzte wurde mittels Krankenwagens der Feuerwehr nach der Krankenanstalt Altstadt transportiert.

Verstorbene. Der Schlosser Karl Sch., früher wohnhaft Kl. Klosterstraße 5, wurde am Mittwoch vormittag mit gebrochenen Brustadern auf dem Bestriedhof gefunden. Der herbeigerufene Krankenwagen der Feuerwehr brachte den Bewußtlosen nach dem Rathenbürgel.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

Bezirksgruppe Altstadt-Friedrichstadt-Werder: Am Donnerstag abend 8 Uhr Unter Abend im Jugendheim, Georgenplatz 10, pt. links. - Nichtmitglieder sind willkommen.

Bezirksgruppe Wilhelmstadt: Am Donnerstag abend pünktlich 7 Uhr Unter Abend in der „Freienhalle“, Freisenstr. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Theater, Konzerte etc.

Städtische Theater. Victoria-Theater: Heute Freitag bis einschließlich Sonntag Gastspiel des Herrn Ludwig Varg und Frau Martha Schild-Varg: „Die Fahrt ins Blaue.“

Verbandsstag der Arbeiterjugendvereine.

Friß vorwärtsstrebender Geist brach sich auf dem Verbandsstag des Verbandes der Arbeiter-Jugendvereine im Bezirk Magdeburg-Anhalt, der am letzten Sonntag in der Marie-Hauptmann-Stiftung in Halberstadt tagte, Bahn. Die Verhandlungen legten Zeugnis davon ab, daß es im ganzen Bezirk Magdeburg-Anhalt vorwärts geht mit der Arbeiter-Jugendbewegung. Beste Grundlagen sind geschaffen. Die neue Form der Organisation ermöglicht ein erspriechliches Arbeiten und räumt viele Schwierigkeiten weg, die sich einst der Bewegung der jungen Arbeiter entgegenstellten. Der Verbandsstag legt auch Zeugnis ab für die innere Kraft der Jugendbewegung, die sich erst recht auswirken wird, je fester die Gemeinsamkeit der Jugendlichen wird. Friß-fröhliches Leben, reicher Arbeitswille und glühende Begeisterung waren die Leisterne der Tagung. Wird so weiter geschafft und gebaut am Werke der Jugend, dann hat die Jugend selbst Freude daran und dient der großen Sache des Sozialismus, wie das von ihr erwartet wird.

Die Verhandlungen wurden um 10 1/2 Uhr vom Jugendgenossen Ollenhauer eröffnet, der kurz die erschienenen Delegierten begrüßte. Genosse Wahn (Halberstadt) hieß die Jugend des Bezirks gleichfalls willkommen. Anwesend waren aus 45 Orten 86 Delegierte, ferner 8 Vorstandsmitglieder, 1 Mitglied des Bezirksvorstandes der Partei und der Vorsitzende der Zentrale, Genosse Albrecht (Berlin). Nach der Wahl der Mandatsprüfungskommission erklärte der Sekretär, Genosse Voigt (Magdeburg), den Geschäftsbereich. Der Bezirksvorstand steht mit 100 Orten in Verbindung, in 71 Orten bestehen feste Arbeiter-Jugendvereine. Im ganzen Bezirk sind in den Arbeiter-Jugendvereinen über 5000 Mitglieder organisiert. Bei der Tagung des letzten Bezirkstags zählte der Verband 26 Vereine mit 3500 Mitgliedern. Das bedeutet jedenfalls eine ganz erhebliche Steigerung. Der Redner gibt Winke und Ratschläge für die Vereinsarbeit und den Verkehr mit dem Verband. Er schließt mit einem Appell zu reger Vereins- und Werbetätigkeit.

Genosse Meißner (Magdeburg) erstattete den Kasienbericht, der in Einnahme mit 7148,46 Mark und in Ausgabe mit 4879 Mark abschließt, so daß ein Bestand von 2279,46 Mark verbleibt.

Ueber das „Jugend-Echo“ berichtet der Redakteur Genosse Müller (Magdeburg). Die Bezirkszentrale verbande nach dem Bericht des letzten Bezirkstags das „Jugend-Echo“ an 26 Vereine in einer Auflage von 2000 Stück. Gegenwärtig werden 3600 Exemplare verschickt. Die Herausgabe jeder Nummer verursacht einen Kostenaufwand von rund 1500 Mark, für die häufig nur eine Deckung von 1100 Mark vorhanden ist. Vom Bezirke können nicht regelmäßig 400 Mark als Zuzuschuß geleistet werden. Deshalb ist die Gewinnung von Abonnenten und Inserenten eine unbedingte Notwendigkeit. Es tritt überhaup die Frage auf, ob mit der Herausgabe des „Jugend-Echo“ der ursprüngliche Zweck erreicht wird. Die Frage muß bejaht werden. Dies um so mehr, wenn die Vereine das „Echo“ als das betrachten, was es sein soll, nämlich das Band zwischen den Vereinen des Bezirks zum Austausch der gewonnenen Erfahrungen und zur Beröfentlichung der Monatsprogramme, die den Vereinen untereinander Anregungen geben. In dieser Zeitschrift, die ein Organ der Jugend selbst sein soll, muß die geleistete praktische Arbeit niedergelegt und zum Ausdruck gebracht werden. Ausbau des „Jugend-Echo“ mit Hilfe der Jugendlichen ist eine Zukunftsaufgabe.

Der Bericht über den Stand der Bewegung im Reich erstattete Genosse Albrecht (Berlin). Neben den Fortschritten, die die Verbreitung und Vertiefung der Jugendbewegung im Reich gemacht hat, geht der Redner auf den Werdegang der Bewegung ein, erörtert die verschiedenen Formen der Organisation, die Spaltung der Jugend und alle gegenwärtigen

V. D. H.

2038 Lassen Sie sich Ihre Sofa u. Matratzen aufarbeiten

Für sämtliche Sorten Telle sowie Korbhaar Borsten Polsterhaar Klafchen Wappapier höchste Preise

Ulfrid Zimmer Schwertfegerstr. 13

Abbruch Weidenstr. 10

Gust. Stieger

la. Galbheringe

Meissner

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Nachruf

Ludwig Reichmann

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschl.

Simon Wölle

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Sommerfest

Beamte als Wachtmeister bei der Sicherheits-Polizei.

Auf Anordnung des Ministeriums des Innern werden Wachtmeister für die Sicherheitspolizei Rheinland-Westfalen in Beamtenstellungen zu folgenden Bedingungen eingestellt:

Volle Polizeidienstjahre, Lebensalter zwischen 20 und 30 Jahren, Größe möglichst nicht unter 1,65 Meter, mindestens 1 Jahr Frontdienst im Kriege, unbescholten, geordnete wirtschaftliche Verhältnisse.

Nach einer 12jährigen Gesamtdienstzeit in Arme, Marine, Schutztruppe und sonstigem Reichs- oder Kommunaldienst und Sicherheitspolizei, davon aber mindestens 2 Jahre bei der Sicherheitspolizei, Anspruch auf Beamtenschaft und Dienstprämie von 2100 Mark.

Beamtenschaft zwischen 13,40 Mark und 20,50 Mark täglich, neben freier Unterkunft, Kleidung, Verpflegung und ärztlicher Behandlung. Bei kritischen Anträgen außerdem erhebliche tägliche Zulage. In den gleichen Bedingungen werden auch einige ehemalige Fahnenführer und jüngere Aufstiegsbedienstete eingestellt.

Friedrichstädter Sterbekassen-Gesellschaft.

Die stimmberechtigten Mitglieder werden zu der am Freitag den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der Gastwirtschaft Friedrichshof, Zumbuschengasse 7/8, stattfindenden Außerordentlichen Mitglieder-Versammlung unter Bezugnahme auf § 38 der Satzung vom 23. November 1908 hierdurch eingeladen.

Agenda: 1. Abänderung der Satzung. 2. Sonstige Angelegenheiten. Magdeburg, den 30. Juni 1920. Der Vorstand.

Kopfläuse samt Brut vernichtet korrekt

Hof-Apotheke

Charleville

Gegen unreines Blut! Segrega-Pillen

Hof-Apotheke

Wirkames Hühneraugenmittel

CORNUCOLL HOF-APOTHEKE BREITENWEG 158

Im Dienstag abend 10 1/2 Uhr verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute treue Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und tante

Meta Mühlberg geb. Ditzke

Otto Mühlberg und Angehörige.

Die Beerdigung findet am Sonnabend mittag 1 1/2 Uhr, von der Kapelle des Neustädter Friedhofs aus statt.

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Deutscher Metallarbeiter-Verband - Verwaltung Magdeburg.

Geschäftsstelle: Große Münzstraße 3, I. - Geschäftsstunden: Montag von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr, 143. - Sonntags geschlossen. - Telefonruf 1812.

Freitag den 2. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, Branchen-Versammlung

der Orthopädiemechaniker n. Bandagisten bei Koppelt, Eichlerstraße. Tagesordnung: 1. Tarifrfragen und Branchenangelegenheiten.

Montag den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Künze Bezirks-Versammlung des Stadtteils Fernersleben.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Gewerkschaftsstat. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Verwaltung.

Kammer-Lichtspiele

Ab Freitag den 2. Juli Künstler-Wettstreit im Film

Luzie Höllich, Ed. v. Winterstein, Jilka Grünig, Paul Harimann, Eugen Klöpfer, Reinhold Schünzel, Karl Platen, Jeani Marba, W. Diegelmann, Irene Katsch, Fr. Beckmann, Gustav Koltz, Harry Berber, Paul Graetz, Martha Dibborn

Maria Magdalena

ein bürgerliches Trauerspiel von Friedrich Hebbel. - Für den Film bearbeitet in 6 Akten. Regie Reinhold Schünzel.

Lotte Neumann, Felix Basch, Ferry Stieck in Die Frau im Doktorhut

ein Lotte-Neumann-Lustspiel in 4 Akten. Beginn der Vorstellung: Sonntags 8 Uhr, wochentags 8 Uhr. - Ende 10.45 Uhr. Beginn der Abendvorstellung 8.50 Uhr.

Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr Frühvorstellung.

Panorama-Lichtspiele

Ab Freitag den 2. Juli Die letzte Gala-Vorstellung

des Zirkus Wolfson

Sensationsdrama in 6 Akten. Unter andern folgende Sensationen: 7 Der rätselhafte Affe Coll? Die große Zirkusphantomie. Der Sprung aus 60 Meter Höhe. Der Untergang des Zirkus Wolfson.

Außer dem Detektivschauspiel in 5 Akten von Siegfried Dessauer. Keine erhöhten Preise. Beginn der Vorstellung Sonntags 3 Uhr, Wochentags 8 Uhr, Ende 10.45 Uhr. Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Walthalla Lichtspiele

Ab Freitag den 2. Juli

Der Vampir

5. Teil des großen Detektiv-Romans in 6 Fortsetzungen. - Inhalt: Das vierte vollständig neue Schillerprogramm bringt u. a. die leid. Duelle

Der Bistmensch.

Gewaltige, spannende Handlung, glänzende Darstellung.

Mit Leib und Seele eigen

Dagny Serbaes in d. Hauptrolle.

Spielzeit: Wochentags 6 bis 10 1/2 Uhr, Sonntags 3 bis 10 1/2 Uhr.

Sonnabend

Silberrestaurant

Fürstenhof-Brunksaal

Sieben Freitag abends 7 1/2 Uhr

Vorstellung mit ungekürztem Programm zu halben Preisen!

Karten an der Fürstenhof-Kasse und im Verein

Fürstenhof-Brunksaal

Das Programm der Attraktionen

Erna Aina Schilvester-Krems, Glazeroff-Trippe, Feine, Kohlbrandt, G. Bitter, Albert Loulouise, S. Thomas, Gerde Dicks, Beria Merom

Wochentags ab 7 1/2 Uhr, Sonntags ab 4 Uhr

Vorstellung der beliebten oberbairisch. Bauerntruppe Sagerer

Ständig wechselnde Programme. Donnerstag, 8. Juli Ehren-Abend.

Vogelgesang

Großer Rosenflor.

Fürsten-Café

mit hochmoderner Sommer-Palmen-Terrasse.

Sieben Nachmittags Elite-Damen-Kaffeebräutchen.

Ständig nachmittags und abends Vornehme Salon-Musik.

Zentraltheater.

Die Dame vom Zirkus

Beginn 7 1/2 Uhr. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr

Fremden-Vorstellung

Bei Klein. Preisen ungekürzte Vorstellung in Abendbesetzung. Dienstag den 6. Juli

25. Aufführung

Zirkus-Lichtspiele

Das Qualitätsprogramm: Johannes Goth

Schauspiel in 5 Akten mit Karola Toelle, Ernst Stahl-Nachbaur, Werner Krauss

Der unübertreffliche Wiener Kunstfilm Arme Maria

Drama in 5 Akten. M 171

Spielzeit: Wochentags 6-10.45 Uhr, Sonntags 3-10.45 Uhr.

Kinderw. 250 M, Klappw. 75 M, Damenfahr. n. neu. G. u. Fr. Kinderfahr. m. G. u. Fr. Frau Stein, Gr. Mühlenstr. 5, gegenüb. Café Bülow.

H. Fluk- und Seefische a Bfd. 1.75 M.

H. Wolf, Gr. Junterstr. 8.

Hundfleisch u. fett-Verkauf

Freitag 3 Uhr u. Sonnabend

Marcolin

Margaretenstr. 4, 3 Et. [2644

16200g. alter Terrier, schwarz, gut gezeichnet, v. erst. Oben auf, Scharf, Kreuzhorststr. 8. [2613

Transport im. Altm. Futter-schweine

steht billig zum Verkauf bei Franz Dieckhoff, R. Neust., Schmiedstr. 21, Ecke Schmiedstr.

Große Futter-schweine, bis 50 Pfund, treffen heute ein. Vert. ab morg. 1. bißst. Preis, Erich Wenzel, Magdeburg-Fernersleben, Meriansstraße 6/6. - Tel. 7339.

Städtische Theater.

Victoria-Theater.

Freitag den 2. Juli, 7 1/2 Uhr

Das Spiel des Herrn Ludwig Burg u. Frau Martha Schilld-Barg. 113

Die Fahrt ins Blaue.

Sonnabend den 3. Juli

Die Fahrt ins Blaue.

Altmark. Hof, Tränsberg 51

Freitag u. Sonnab. abend 8 Uhr

sowie Sonntag 10, 4 und 8 Uhr

Gr. Preis-Stat.

Hofjäger

Tägl. abends 7.30 Uhr

insolged. gr. Erfolges verläng. Gastspiel

der berühmten Leipziger

Seidel-Sänger

Hr. A. Seibel sen.

Das vierte vollständig neue Schillerprogramm bringt u. a. die leid. Duelle

Der vertauschte Liebes-brief und Feodora.

Im bunten Zell ge. humoristischer Wettstreit d. Herren Arndt Seibel sen. W. Seibel, A. Seibelman, E. Weilmann in ihren neuesten Solofolgen, dazu die Sänger P. Döfner u. R. Kestemann in ihren Kostüm-Gegenen Der alte Seemann und Oed und Arie aus d. Oper Martha.

Vorverkauf 1617 bei Jacobs, Ulrichsbog.

Tägl. nachm. 4 Uhr Gartenkonzert

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Nachruf

Stephanshallen

Herrenkrug